Zeitschrift: bulletin.ch / Electrosuisse

Herausgeber: Electrosuisse

Band: 94 (2003)

Heft: 13-14

Artikel: Jahresbericht 2002 VSE/AES = Rapport annuel 2002 VSE/AES

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-857570

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

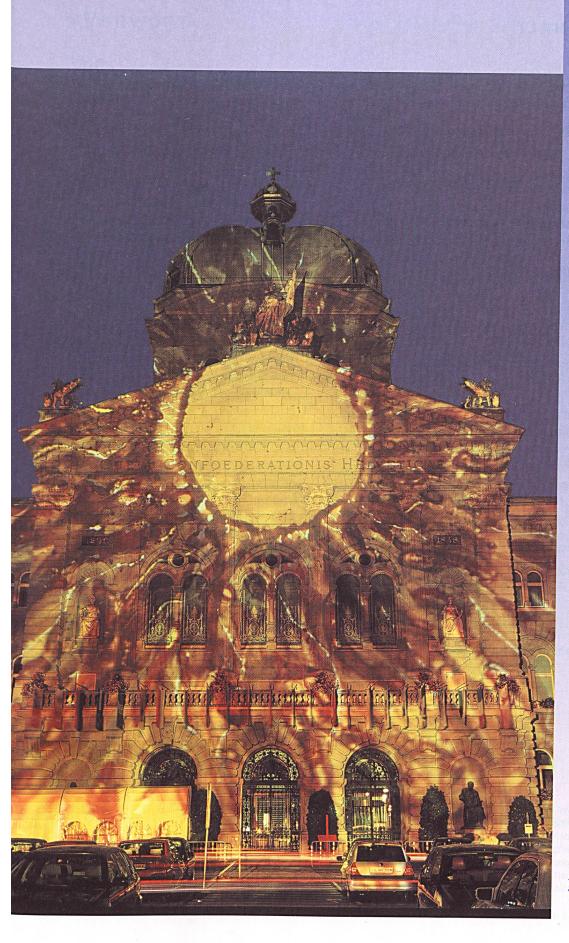
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch





VERBAND SCHWEIZERISCHER ELEKTRIZITÄTS-UNTERNEHMEN

JAHRESBERICHT 2002



INHALT

Vorwort



VSE-Symposium in Luzern.



Energieminister Moritz Leuenberger setzt sich für das Elektrizitätsmarktgesetz ein.



Generalversammlung in Schwyz.

Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Direktor

Anton Bucher, lic. oec. HSG/MBA

Geschäftsstelle:

Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen Hintere Bahnhofstrasse 10 Postfach, 5001 Aarau Telefon 062/825 25 25 Telefax 062/825 25 26 Internet http://www.strom.ch E-Mail: vse@strom.ch

Energie- und Stromspots 2002	4
Energiepolitik 2002	6
Energiewirtschaft 2002	13
Verbandstätigkeit	16
Kommunikation	16
Marketing	18
Dienstleistungen	20
Neue VSE-Druckschriften	21
Veranstaltungen, Tagungen, Kurse	22
Mitglieder des VSE	24
Vorstand	25
VSE-Kommissionen, Fachausschüsse und Arbeitsgruppen	26
Branchen-Organisationen	31
Nationale Organisationen	31
Internationale Organisationen	34
Zahlen und Fakten	35

3

36

38

40

Büro Bern:

Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen Treffpunkt Energie Monbijoustrasse 16 Postfach 8620, 3001 Bern Telefon 031/388 21 21

Stromproduktion und -transport

Stromverbrauch

Strommarkt

4.1 d/03

Vorwort

Trotz oder gerade wegen der Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes steht die weitere Entwicklung des Strommarktes im Zentrum der Überlegungen der Schweizer Elektrizitätswirtschaft. Der Vorstand des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) hat beschlossen, die im Hinblick auf die Umsetzung des nun verworfenen Gesetzes in Angriff genommenen Arbeiten weiterzuführen und fortlaufend so zu aktualisieren, dass bei allfälligen neuen Gesetzesvorlagen die nötigen administrativen und technischen Unterlagen zur Verfügung stehen. Die Öffnung der Stromnetze wird nämlich ohne Zweifel weitergehen. Der VSE ist bereit, die Bemühungen des Bundesamtes für Energie für geeignete Rahmenbedingungen aus Sicht der Branche aktiv mitzugestalten. Eine eigene Lösung mittels Branchenvereinbarung erscheint aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich.

Aus der Argumentation, die schliesslich zur Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes geführt hat, kann immerhin geschlossen werden, dass die Qualität der Dienstleistungen der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft anerkannt wird. Vorläufig gilt nun unverändert der bisherige Rechtszustand; pendent sind das Urteil des Bundesgerichts betreffend Durchleitung sowie allfällige Massnahmen der EU in Fragen der Reziprozität und der Transite.

Weiterer Schwerpunkt der Arbeit des VSE sind die energiepolitischen Volksinitiativen zur Kernenergie «Strom ohne Atom» und «Moratorium plus», die am 18. Mai 2003 zur Abstimmung gelangen werden. Bundesrat und Parlament empfehlen beide Initiativen wegen der kaum verkraftbaren volkswirtschaftlichen Kosten und der Erschwerung der Klimapolitik zur Ablehnung. Denn die Kernenergie ist eine wichtige Komponente für die Sicherheit der Stromversorgung in unserem Lande. Beide Initiativen hätten nicht nur eine beachtliche Zunahme der CO₂-Emissionen zur Folge, weil aus heutiger Sicht der vermehrte Einsatz fossilthermischer Kraftwerke unvermeidlich wäre, sondern würden auch volkswirtschaftliche Werte in der Grössenordnung bis 60 Milliarden Franken vernichten und die schweizerischen Stromproduzenten massiv schwächen. Zum derzeitigen umweltverträglichen und wirtschaftlichen Strommix von 60% Wasserkraft und 40% Kernenergie gibt es in absehbarer Zukunft keine Alternativen.

Die Gewährleistung einer effizienten, sicheren und preisgünstigen Versorgung unseres Landes mit Elektrizität ist für die Branche und damit für den VSE weiterhin von erster Priorität.

... Jun

Dr. Rudolf Steiner, Nationalrat Präsident Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Energie- und Stromspots 2002



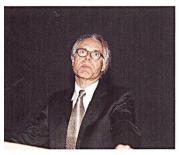
Wirtschaftsminister Werner Müller am VSE-Symposium.



Unterschiedliche Interessen bei der Gewässernutzung.



Sparsame Elektrogeräte.



Bundesrat Leuenberger zieht positive Bilanz für EnergieSchweiz.

01.01.2002	Die revidierte Energieverordnung tritt in Kraft. Der Energieverbrauch von Haushaltsgeräten muss künftig deklariert werden.	
23.01.2002	Der Bundesrat entscheidet, dass die Abstimmung über das Elektrizi tätsmarktgesetz (EMG) am 22. September 2002 stattfinden wird.	
07.02.2002	Der deutsche Wirtschaftsminister Werner Müller sorgt mit seiner Rede zum Strommarkt am Symposium 2002 des VSE in Luzern für Echos in den Medien.	
25.02.2002	Die Preisüberwachung plädiert an ihrer Jahres-Pressekonferenz für ihr Berechnungsmodell der Strom-Durchleitungsgebühren auf Basis der Buchwerte.	
01.03.2002	Die Schweizer Überlandwerke treten dem internationalen Stromtransit abkommen bei. Dadurch erhalten die Unternehmen einen angemessenen Deckungsbeitrag für den Stromtransit durch die Schweiz.	
16.03.2002	Die Staats- und Regierungschefs der EU erzielen an ihrem Gipfeltreffer eine Einigung bei der Energieliberalisierung. Ab 2004 sollen alle ge werblichen Kunden, nicht aber die Haushalte, ihre Strom- und Gaslie feranten frei wählen können.	
27.03.2002	Der Bundesrat verabschiedet die definitive Verordnung zum Elektrizi tätsmarktgesetz.	
25.04.2002	Gründung von «Aqua Nostra Schweiz». Dieser Verein will sich gleicher- massen für ökologische, wirtschaftliche und soziale Interessen bei der Gewässernutzung stark machen.	
02.05.2002	Die kantonale Energiedirektorenkonferenz spricht sich einstimmig für das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) aus.	
29.05.2002	Zwei Energieagenturen unterzeichneten mit dem BFE Leistungsaufträge. Damit will das BFE im Rahmen von EnergieSchweiz sparsamen Elektrogeräten zu mehr Aufschwung verhelfen.	
31.05.2002	Die EU und ihre 15 Mitgliedstaaten hinterlegen bei der UNO ihre Ratifikation des Kyoto-Protokolls.	
01.06.2002	Der Bundesrat hat die Verordnung über das öffentliche Beschaffungs- wesen (VoeB) an den entsprechenden bilateralen Vertrag mit der Eu- ropäischen Union (EU) angepasst und in Kraft gesetzt.	
10.06.2002	Das politische Komitee «Schweizerisches Komitee JA zum EMG» stellt seine Standpunkte vor.	
11.06.2002	Die sechs grossen schweizerischen Elektrizitätsunternehmen ATEL, BKW, CKW, EGL, EOS und NOK schliessen sich in der Organisation der schweizerischen Stromverbundunternehmen (swisselectric) zusammen.	
17.06.2002	Bundesrat Moritz Leuenberger zieht eine positive Bilanz des ersten Jahres von EnergieSchweiz. Die Energiesparwirkung habe gegenüber dem Jahr 2000 weiter zugenommen. Zudem hätten Freiwillige und Fördermassnahmen zu einer Energieeinsparung im Jahre 2001 von über 3% geführt.	
24.06.2002	Das Bundesgesetz über die elektrischen Schwach- und Starkstrom- anlagen, das so genannte Elektrizitätsgesetz (EleG), ist 100-jährig.	

21.08.2002	Der Bundesrat beantragt in seiner Botschaft, die er zuhanden des Parlaments verabschiedet hat, die Ratifizierung des Kyoto-Protokolles.		
22.08.2002	Mit einem überzeugten «Ja» zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) hat de Bundesrat am 22. August die Abstimmungskampagne der Regierung eröffnet.		
27.08.2002	Die Experten der Eidgenössischen Wasserwirtschaftskommissior (WWK) warnen vor den Nachteilen für die Schweizer Wasserkraft und die Umwelt, wenn das EMG am 22. September abgelehnt würde.		
04.09.2002	Die Energieagentur für die Wirtschaft (EnAW) geht in ihrer Zwischenbilanz davon aus, dass die Schweizer Wirtschaft die ihr gestellten ${\rm CO}_{2^{-1}}$ Reduktionsziele erreichen werde.		
06.09.2002	Aussenminister Joseph Deiss zieht aus dem Gipfel über nachhaltig Entwicklung in Johannesburg eine gemischte Bilanz. Er bedeute ein weitere Etappe auf dem Weg zur Förderung der Nachhaltigkeit.		
06.09.2002	Der Schweizerische Elektrotechnische Verein (SEV) stellt seinen neuen Namen und sein neues Erscheinungsbild vor: Electrosuisse – SEV Ver- band für Elektro-, Energie- und Informationstechnik.		
22.09.2002	Das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) wird in der Volksabstimmung mit 52,6% Nein-Stimmen abgelehnt.		
22.09.2002	Deutlich Nein sagen mit 57,5% die Nidwaldner Stimmberechtigten in der kantonalen Abstimmung für einen Sondierstollen für schwach- und mittelaktive Abfälle am Wellenberg.		
26.09.2002	Nach der Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG) an der Volksabstimmung vom 22. September verzichtet die Wettbewerbskommission (Weko) vorerst darauf, neue Untersuchungen wegen Verweigerungen von Stromdurchleitungen zu eröffnen.		
23.10.2002	Schlussbericht Subventionsprogramm Photovoltaik: Bundesbeiträgen von 13,2 Millionen Fr. standen Investitionen von 55,4 Millionen Fr. gegenüber.		
29.10.2002	EnergieSchweiz gut gestartet – Verstärkung nötig (1. Jahresbericht).		
16.11.2002	Vox-Analyse zur Volksabstimmung vom 22. September: Abgelehnt wurde das EMG vor allem von den Privatisierungsgegnern und von Stimmenden mit geringem Regierungsvertrauen.		
25.11.2002	Die EU-Energieminister einigen sich auf einen Fahrplan betreffend Energiemarktöffnung. Ab 1. Juli 2007 sollen alle privaten Strom- und Gaskunden in der Europäischen Union ihre Anbieter frei wählen können, Gewerbekunden schon drei Jahre früher.		
29.11.2002	Der Bundesrat beschliesst eine Änderung der Kernenergie-Haftpflichtverordnung. Damit übernimmt der Bund neu die Deckung des Risikos für terroristische Gewaltakte zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Franken.		
13.12.2002	National- und Ständerat empfehlen die Ablehnung der Volksinitiativen «MoratoriumPlus» und «Strom ohne Atom».		
20.12.2002	Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) reicht den Entsorgungsnachweis bei den Bundesbehörden ein.		



Experten warnen vor den Nachteilen für die Wasserkraft.



Das Elektrizitätsmarktgesetz wird abgelehnt.



EU: Freie Wahl ab 2007.



Änderung der Kernenergie-Haftpflichtverordnung.

ENERGIEPOLITIK 2002

Die Energiepolitik 2002 war geprägt von zwei zentralen Themen. Zum einen stand die Abstimmung vom 22. September 2002 über die Öffnung des schweizerischen Strommarktes (Elektrizitätsmarktgesetz, EMG) im Mittelpunkt des Geschehens, andererseits beanspruchte die Behandlung des Kernenergiegesetzes bzw. der beiden Ausstiegsinitiativen zur Kernenergie «Strom ohne Atom» und «Moratorium Plus» im National- und Ständerat ein grosses Interesse.

Das Volk sagt Nein zum EMG

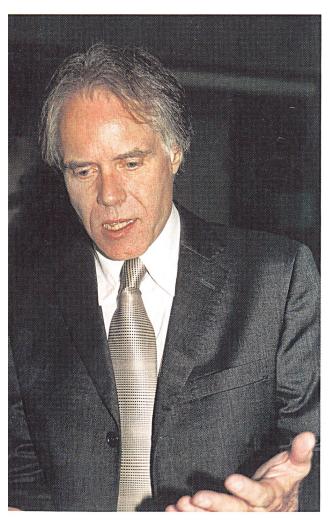
Trotz breiter Zustimmung zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) sowie zur dazugehörigen Elektrizitätsmarktverordnung (EMV) von Wirtschaft, VSE, Konsumenten- und Umweltorganisationen, FDP, CVP und SVP usw. fand die wettbewerbsorientierte Öffnung des schweizerischen Strommarktes vor dem Souverän keine Gnade. Das EMG wurde am 22. September 2002 vom Schweizer Volk (Stimmbeteiligung 44,9%) mit einem Nein-Stimmenanteil von 52,6% abgelehnt. Soweit diese Ablehnung als Ausdruck einer gewissen Unsicherheit und

Sorge um die künftige Stromversorgung in unserem Lande gedeutet werden kann, bedeutet sie aber auch eine Anerkennung der bisherigen guten Leistungen der Elektrizitätswirtschaft, welche immer für eine effiziente, sichere und preisgünstige Elektrizitätsversorgung gebürgt hat und dafür auch in Zukunft einstehen wird. Mit Blick auf die Entwicklung in der Europäischen Union (EU) kann sich jedoch der schweizerische Strommarkt als zentrale Stromdrehscheibe der internationalen Entwicklung zur Marktöffnung hin nicht verschliessen. Durch das Nein zum EMG fehlen nun jedoch die gesetzlichen Leitplanken für eine geordnete Marktöffnung im Inland sowie für die Regelung der grenzüberschreitenden Durchleitung (Reziprozität) mit dem Ausland.

Gründe zur Ablehnung des EMG

Summarisch lassen sich die wichtigsten Gründe zum Scheitern der Strommarktöffnung wie folgt zusammenfassen:

- Die Liberalisierungs- und Privatisierungsgegner konnten mit ihren Parolen offensichtlich besser überzeugen, insbesondere mit den emotionalen Argumenten wie Verlust an Versorgungssicherheit und Service Public im Sinne von staatlicher Dienstleistungsgarantie, Arbeitsplatzabbau, Ausverkauf der Schweizer Wasserkraft usw.
- Die schlechte Wirtschaftslage mit Börsencrashs, Firmenkonkursen, Stellenabbau sowie Managerskandalen usw. hat den gegnerischen Argumenten Auftrieb gegeben, im Wesentlichen aber auch zu einem grossen Verlust an Vertrauen und Glaubwürdigkeit in die Wirtschaft und die Politik geführt. Ein positives Ergebnis zum EMG hätte daher sowohl eine politische wie auch wirtschaftliche «Schönwettersituation» vorausgesetzt.
- Das Nein zum EMG kam nicht nur aus Gewerkschaftskreisen, sondern aus allen politischen Lagern von links bis rechts. Aufgrund der VOX-Analyse ist dabei besonders beachtlich, dass vor allem ältere Stimmbürger, aber auch die Frauen sowie Leute mit tiefer Bildung und kleinem Einkommen der Vorlage die Zustimmung versagt haben.



Bundesrat Moritz Leuenberger setzte sich an der Generalversammlung des VSE für das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) ein.

- Regional betrachtet haben vor allem die Suisse romande sowie das Tessin, aber auch die Ostschweiz die Vorlage abgelehnt, während das Mittelland mehrheitlich zugestimmt hat.
- Die gleichzeitig zur Abstimmung gelangenden Goldvorlagen hatten auf die EMG-Abstimmung eher einen ungünstigen Einfluss.
- Die EMG-Vorlage war für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung offensichtlich zu kompliziert und generell kein Thema, welches emotional bewegte. Zumindest der Haushaltkunde, der überwiegende Teil der Urnengänger, war mit der stets guten, sicheren und preiswerten Stromversorgung zufrieden, weshalb er keine Veranlassung sah, ein bisher bewährtes System zwingend aus den Angeln zu heben.
- Die Service-Public-Diskussion wurde im Rahmen der EMG-Abstimmung stellvertretend auch für andere Bereiche wie Post oder Bahn ausgetragen, und offensichtlich überwog die Angst vor negativen Folgen.
- Die Befürworter aus Branche und Politik konnten den Stimmbürger nicht erreichen, insbesondere konnte der Nutzen der Strommarktöffnung nicht ausreichend und überzeugend kommuniziert werden.
- Das Engagement von Industrie, KMU und Gewerbe im Abstimmungskampf war von wenig Überzeugungskraft geprägt.

Konsequenzen

Mit der Ablehnung der wettbewerbsorientierten Strommarktöffnung hat die Mehrheit des Schweizer Volkes seine Meinung dahingehend kundgetan, die bisherige Stromversorgung mit der Monopolstruktur und der mehrheitlich vom Staat beherrschten Elektrizitätswirtschaft nicht ändern zu wollen. Diese Grundsatzhaltung des Volkes ist bei zukünftigen Überlegungen und Vorgehensoptionen zur Gestaltung des schweizerischen Strommarktes gebührend zu berücksichtigen. Es ist jedoch die berechtigte Frage zu stellen, ob sich die bisher bewährte Monopolstruktur der Elektrizitätswirtschaft langfristig wird halten können. Unbestrittenermassen hat sich zwar am Rechtszustand der Monopolsituation in der Elektrizitätsbranche nichts geändert, offen bleibt dabei allerdings, wie sich diese inskünftig weiter entwickeln wird. Aufgrund der grossen Erwartungen der Grossverbraucher für eine konkurrenzfähige Stromversorgung, aber auch des gesamten schweizerischen Gewerbes, dürfte die Öffnung des schweizerischen Strommarktes mit einer gewissen zeit-



Gewerkschaftliche Kreise demonstrierten an der VSE-Generalversammlung in Schwyz gegen das Elektrizitätsmarktgesetz.

Werbematerial zur EMG-Abstimmung.

Landauf, landab: Abstimmungsplakate zum EMG.





ENERGIEPOLITIK 2002



Abstimmung über das EMG mit Verspätung (Zytgloggenturm in Bern).

Energiefachleute befürchten Nachteile für die Wasserkraft nach Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes (im Bild Stauanlage Mattmark VS).

lichen Verzögerung trotzdem eintreten. Nachdem im Vorfeld der EMG-Abstimmung die Erwartungen der Grossverbraucher mit konkurrenzfähigen Strompreisen grösstenteils befriedigt wurden, verbleibt nun mit der Ablehnung des EMG in diesem Bereich wiederum nur der bilaterale Verhandlungsweg. Die fehlenden gesetzlichen Leitplanken beeinträchtigen aber auch die Rolle der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft als internationale Stromdrehscheibe. Hier besteht vor allem für die Überlandwerke bezüglich ihrer internationalen Geschäftstätigkeit Handlungsbedarf, einerseits für die Regelung der Transite durch die Schweiz, andererseits zur Vermeidung von Retorsionen durch die mangelnde Reziprozität zwischen der Schweiz und dem Ausland.

Optionen

Trotz Volksnein zum EMG stellen sich aufgrund der bereits gemachten Ausführungen bestimmte Fragen über die weitere Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft.

Folgende Szenarien sind denkbar:

 Beibehaltung und Zementierung der monopolistisch organisierten Stromwirtschaft, wobei damit die bereits vor der EMG-Abstimmung partiell vorgenommenen Anstrengungen zu einem offeneren Strommarkt zunichte gemacht würden. Aufgrund der unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Erwartungshaltungen zwischen Gross-, Mittel- und Kleinverbrau-

- chern, aber auch unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklung, dürfte es jedoch schwierig sein, den Status quo langfristig beizubehalten.
- Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass in Spezialfällen einzelne Akteure in der Branche mit den Konsumenten individuelle Vereinbarungen über den Netzzugang sowie über die Stromlieferungen abschliessen. Im eigenen Versorgungsgebiet bestehen diesbezüglich schon heute keine Beschränkungen, hingegen sind gegenseitige Vereinbarungen dann sehr anspruchsvoll, wenn Netzteile für Stromdurchleitungen Dritter geöffnet werden sollen.
- Einzelne bereits vor der Abstimmung zum EMG bei der Wettbewerbskommission (WEKO), gestützt auf das Kartellrecht, eingereichte Klagen marktmächtiger Akteure zur partiellen Öffnung des Netzes werden jedoch zunehmen. In diesem Zusammenhang ist auf das Urteil in Sachen Watt Suisse AG/Migros gegen EEF im Kanton Freiburg hinzuweisen. Die WEKO hat die Klage der Watt Suisse AG zur Durchleitung durch das Netz der EEF gutgeheissen und die Rekurskommission für Wettbewerbsfragen hat dieses Urteil bestätigt. Nun wird das Bundesgericht zu entscheiden haben, ob die Durchleitung im Einzelfall erzwungen werden kann oder nicht. Falls auch das Bundesgericht die Meinung der WEKO teilt, so dürfte sich in Zukunft eine entsprechende Klagehäufung ergeben. Sollte jedoch das Bundesgericht den Entscheid der WEKO nicht schützen, so wäre bis auf weiteres die Monopolstruktur der Schweizerischen Stromwirtschaft zementiert und es müssten - falls opportun - andere Lösungsansätze einer möglichen Marktöffnung definiert werden. Das Urteil des Bundesgerichtes kann abschliessend noch an den Bundesrat weitergezogen werden.
- Dem Bund, das heisst dem Gesetzgeber steht es ferner jederzeit frei, wieder ein neues Elektrizitätsmarktgesetz vorzulegen. Dabei hat er die Wahl zwischen einem dringlichen Bundesgesetz, das einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren in Anspruch nimmt, oder einem ordentlichen Bundesgesetz mit einer Vorbereitungs- und Beratungsphase von drei bis fünf Jahren. Auf Seiten der politischen Behörde ist jedoch aufgrund des Volksneins vorderhand kein zwingender Handlungsbedarf für die Erarbeitung eines neuen Gesetzes bzw. dringlichen Bundesgesetzes zu erkennen. Die EMG-Gegner ha-



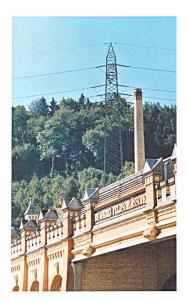
ben jedoch bereits Vorstösse zur Förderung der erneuerbaren Energien bzw. zur Erarbeitung eines neuen «Versorgungsgesetzes» im Parlament eingereicht. Konkret wird damit aber nicht eine Liberalisierung, sondern eher eine vermehrte staatliche Kontrolle und Einflussnahme auf die Stromversorgung, beabsichtigt.

- Als letzte Möglichkeit bietet sich die Chance einer freiwilligen Marktöffnung der Elektrizitätsbranche mit einer Branchenvereinbarung. Die unterschiedlichen Interessen und gesetzlichen Gegebenheiten der kommunalen Netzbetreiber bis hin zu den Überlandwerken lassen jedoch die Erarbeitung und Umsetzung einer solchen gemeinsamen Branchenlösung als äusserst schwierig erscheinen. Als Hauptnachteil einer solchen Vereinbarung lässt sich ins Feld führen, dass jene Branchenmitglieder, welche einem solchen Vorgehen nicht zustimmen würden, rechtlich nicht zum Handeln gezwungen werden könnten. Zudem setzt das Kartellgesetz Branchenvereinbarungen enge Grenzen.
- Der Vorstand des VSE hat denn auch an seiner Sitzung vom 5. Dezember 2002 beschlossen, im künftigen Prozess um eine mögliche Strommarktöffnung in der Schweiz eine Führungsrolle wahrzunehmen. Unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklung wird das Projekt Merkur (Gridcode) zu Ende geführt, um dieses zu gegebener Zeit wieder in die Diskussion einzubringen. Im Wesentlichen soll der Prozess einer zukünftigen Marktöffnung im Sinne der Branchenziele gesteuert und mitgestaltet werden. Unter Beachtung des Volksentscheides am 22. September hält sich der VSE bereit, zusammen mit den Bundesbehörden eine konstruktive Lösung für die zukünftige Gestaltung des schweizerischen Strommarktes zu suchen.

Entwicklung in der EU

Im Hinblick auf eine mögliche künftige Entwicklung des schweizerischen Strommarktes lohnt es sich einen Blick über die Grenzen, das heisst in die EU zu werfen. Am 25. November 2002 hat der EU-Energierat einen Richtlinienvorschlag verabschiedet, der eine vollständige Öffnung des Elektrizitäts- und Gasmarktes für die gesamte EU in zwei Etappen vorsieht: Für Gewerbekunden bis 1. Juli 2004 sowie für die Haushaltkunden bis 1. Juli 2007. Darin enthalten sind unter anderem auch zahlreiche Bestimmungen zum Schutz

der Endkunden wie Auflagen zur Gewährleistung des Service Public bzw. der Versorgungssicherheit, die Verpflichtung Energie zu angemessenen Tarifen zu liefern wie auch eine Verpflichtung der EVU zu einer Investitionsplanung. Ferner soll eine Kennzeichnungspflicht für Strom eingeführt sowie ein Abkommen betreffend transeuropäische Energienetze mit dem Ziel, einen europäischen Einheitsmarkt zu schaffen, abgeschlossen werden. Die Genehmigung dieses Richtlinienvorschlags in zweiter Lesung durch das europäische Parlament steht jedoch noch aus. Unter Beachtung dieser Entwicklung scheint es doch ratsam, in der Schweiz nach möglichen künftigen Lösungen eines offeneren Strommarktes zu suchen. In welche Richtung der Weg gehen soll, ist jedoch zurzeit noch offen. Unter gebührender Beachtung des Volkswillens ist daher vorderhand ohne Zeitdruck nach geeigneten Lösungen zu suchen.



Hängig: Urteil des Bundesgerichtes betreffend Durchleitung.

Antiatominitiativen und Kernenergiegesetz (KEG)

Grundsätzliches

Am 28. September 1999 wurde mit der Einreichung der beiden Initiativen «Strom ohne Atom» und «Moratorium Plus» ein erneuter Versuch unternommen, aus der Kernenergie auszusteigen. Beide Volksinitiativen, welche am 18. Mai 2003 zur Abstimmung gelangen, be-

Nidwaldner Stimmbürger waren gegen einen Sondierstollen für radioaktive Abfälle am Wellenberg.



ENERGIEPOLITIK 2002



Die Initiativen «Strom ohne Atom» und «Moratorium plus» kommen am 18. Mai 2003 zur Volksabstimmung (Bild: Kernkraftwerk Leibstadt).

absichtigen die grundsätzliche Stilllegung der schweizerischen Kernkraftwerke. «Strom ohne Atom» sieht vor, die KKW Beznau und Mühleberg bereits zwei Jahre nach Annahme der Initiative ausser Betrieb zu nehmen, Gösgen und Leibstadt spätestens nach jeweils 30 Betriebsjahren. Konkret heisst dies: Beznau und Mühleberg im Jahre 2005, Gösgen 2009 sowie Leibstadt 2014. Bei der Initiative «Moratorium Plus» ist die Betriebszeit auf 40 Jahre beschränkt, wobei die Möglichkeit einer jeweils zehnjährigen Verlängerung durch referendumspflichtigen Bundesbeschluss gegeben ist. Zusätzlich können während einer Dauer von zehn Jahren keine neuen Kernkraftwerke mehr bewilligt werden.

Mit der Initiative «Strom ohne Atom» müsste also bereits im Mai 2005 auf rund 12% des in der Schweiz produzierten Stromes, 2009 auf insgesamt 24% und nach 2014 auf rund 40% verzichtet werden. Die Initiative «Moratorium Plus», welche zwar keine definitive Betriebsdauer für Kernkraftwerke festlegt, bezweckt jedoch durch wiederkehrende Referendumsabstimmungen ebenfalls den Ausstieg.

Der mit der Annahme von «Strom ohne Atom» ausbleibende Schweizer Kernenergiestrom müsste zwingendermassen ersetzt werden. Die kurzfristig günstigste Variante wäre zweifellos der Einkauf von Elektrizität aus dem Ausland. Aus Kapazitätsgründen wäre dabei aber ein Netzausbau nicht zu vermeiden. Ferner hätten wir beim Importstrom weder Einfluss auf die Sicherheit der dortigen Anlagen noch auf die im Ausland geltenden ökologischen Auflagen. Im Wesentlichen stellt sich aber auch die Frage, wie unsere bisher hohe Ver-

sorgungsqualität sichergestellt werden soll, da niemand – zumindest nicht die Befürworter der Initiative – garantieren kann, dass der Schweiz in Krisenzeiten, Mangellagen und nach Katastrophenereignissen dauernd und ausreichend ausländischer Strom zur Verfügung steht.

Eine weitere Variante für den Ersatz von 40% Kernenergie wäre der Zubau von neuen Anlagen im Inland. Während erneuerbare Energien bei entsprechender Förderung durchaus ihren Platz in der Stromversorgung einnehmen könnten, bleibt aber festzuhalten, dass auch längerfristig dadurch nicht rund 40% des Schweizerischen Stromes ersetzt werden könnten. Solar- und Windstrom beispielsweise, welche momentan 0,03% der inländischen Stromproduktion ausmachen, sind nicht dauernd verfügbar und überdies teuer. Verschiedene Studien zeigen zudem, dass bei einem Ausstieg zumindest kurz- und mittelfristig der Stromersatz zu einem grossen Teil durch öloder gasbetriebene WKK-Anlagen (Wärmekraftkoppelung) gedeckt werden müsste. Dies hätte zusätzliche CO2-Emissionen zur Folge, im Gegensatz zum heutigen schweizerischen Strommix (60% Wasserkraft, 40% Kernenergie), welcher nahezu CO2-frei produziert wird.

Stand der Behandlungen des Kernenergiegesetzes im Parlament

Am 28. Februar 2001 legte der Bundesrat dem Parlament den Entwurf zu einem Kernenergiegesetz (KEG) vor. Dieses enthält keine zeitliche Beschränkung der Betriebsdauer von Kernkraftwerken und unterstreicht die Politik des Bundesrates, die Option Kernenergie als Teil der langfristigen Energieversorgung in der Schweiz offen halten zu wollen.

Das Kernenergiegesetz – ursprünglich als Gegenvorschlag zu den Initiativen gedacht – wurde von National- und Ständerat im Jahr 2002 intensiv beraten, wobei das Differenzbereinigungsverfahren zwischen den beiden Räten erst in der Frühjahrssession 2003 zu erwarten war. In diesem Sinne war inzwischen auch klar, dass die beiden Initiativen am 18. Mai 2003 alleine zur Abstimmung gelangen würden. Durch die Abkoppelung von den Initiativen hat das KEG seine ursprüngliche Aufgabe als Gegenvorschlag verloren und spielt folgerichtig im Abstimmungskampf keine zentrale Rolle.

KEG soll die bisherige Atomgesetzgebung ersetzen

Das KEG ist insofern von Bedeutung, als es im Falle der Ablehnung der Initiativen das heute gültige Atomgesetz ablösen soll. Würden die beiden Initiativen am 18. Mai 2003 vom Volk verworfen, so müsste – im Falle der endgültigen Bereinigung des KEG im Parlament – zunächst noch die 100-tägige Referendumsfrist und eine allfällige Volksabstimmung abgewartet werden, bevor das Gesetz in Kraft treten könnte.

Das KEG sieht keine Beschränkung der Betriebsdauer von Kernkraftwerken vor. Es bietet somit – wie das geltende Atomgesetz – für den sicheren und wirtschaftlichen Betrieb der bestehenden KKW eine gute Grundlage. Zudem bringt es eine Neuregelung im Bewilligungsverfahren für Entsorgungsanlagen, welche für die Erfüllung der Verpflichtung zur Entsorgung der radioaktiven Abfälle nötig ist. Der Vorteil des KEG liegt darin, dass es die bewährten Elemente der heutigen Atomgesetzgebung auf eine neue gesetzliche Grundlage stellt und zusätzlich eine lösungsorientierte Neuregelung im Bereich der nuklearen Entsorgung bringt, welche eine sichere Verwahrung der nuklearen Abfälle ermöglicht.

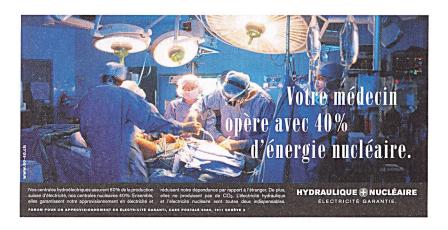
Bei Annahme einer oder beider Initiativen am 18. Mai 2003 könnte das KEG nicht in Kraft treten und müsste noch einmal gründlich überarbeitet werden.

EnergieSchweiz gestartet

Die Bilanz von EnergieSchweiz ergab im ersten Jahresbericht am 29. Oktober 2002 einerseits eine erfolgreiche Förderung der erneuerbaren Energien, andererseits ein gebremster, aber noch nicht sinkender CO₂-Ausstoss. Können die CO₂-Emissionen nicht rasch und deutlich vermindert werden, muss der Bundesrat eine CO₂-Abgabe einführen, was schon 2004 der Fall sein könnte.

Die Bilanz nach dem ersten Jahr zeigt auf der positiven Seite gemäss Bundesamt für Energie geschätzte relative Einsparungen von 5,2%, bezogen auf den gesamten Energieverbrauch; vor allem dank den erfolgreichen, von Energie 2000 lancierten und weitergeführten Produkten. Die Zunahme des Energieverbrauchs wurde gebremst, aber nicht gestoppt. EnergieSchweiz ist daher – mit der Ausnahme der erneuerbaren Energien - noch nicht auf Zielkurs. Der Verbrauch fossiler Energien hat im Jahr 2001 um 1,3%, der Elektrizitätsverbrauch um 2,6% zugenommen. Das Programm setzt mit einem Budget von jährlich 55 Mio. Fr. dort an, wo die besten Potenziale effizienter Energienutzung und erneuerbarer Energien erwartet werden.

Die Ziele von EnergieSchweiz für das neue Jahrzehnt sind vorgegeben durch die Bundes-



verfassung, das Energie- und das CO₂-Gesetz sowie die schweizerischen Verpflichtungen im Rahmen der internationalen Klimakonvention. Zwischen 2000 und 2010 sollen der Verbrauch fossiler Energien und der CO₂-Ausstoss um zehn Prozent sinken. Der Elektrizitätsverbrauch darf höchstens um 5% wachsen, und die Wasserkrafterzeugung darf nicht sinken. Der Anteil der übrigen erneuerbaren Energien soll weiter steigen, und zwar um 0,5 Terawattstunden (TWh) oder 1% an der Stromerzeugung und um 3 TWh oder 3% an der Wärmeerzeugung. Angesichts der heutigen Lage sind diese Ziele als ambitiös einzustufen.

Die Alpenkonvention und die Schweiz

Die Alpenkonvention ist ein Vertrag zwischen acht Alpenländern sowie der Europäischen Union. Ihre Ziele sind der Schutz des Alpenraums als besonders sensibles Ökosystem und die Förderung dessen nachhaltiger Nutzung. Die Alpenkonvention selber ist seit 1999 in Kraft. Die Zusatzprotokolle wurden von den Vertragsparteien mehrheitlich unterzeichnet, so auch von der Schweiz, die Ratifikation ist aber in allen betroffenen Staaten noch ausstehend. Der Bundesrat hat die Botschaft zur Ratifizierung der Protokolle am 19. Dezember 2001 zuhanden des Parlaments verabschiedet. In einer ersten Phase der parlamentarischen Beratung hat die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) des Ständerates Ende April 2002 über die Protokolle beraten. Ihre Forderung nach weiterer Aufklärung und die Verschiebung des Eintretensentscheides macht eine weitere Beratung im Plenum des Ständerates als Erstrat notwendig. Die angestrebte Ratifikation noch im UNO-Jahr der Berge (2002) ist damit unmöglich geworden. Die Protokolle sind materiell stark umstritten. Es wird ihnen vorKampagne der Wirtschaft gegen den Ausstieg aus der Kernenergie.



Energiepolitisches Bundesprogramm «EnergieSchweiz» gut gestartet.

ENERGIEPOLITIK 2002

geworfen, dem Prinzip «Schützen» systematisch den Vorrang vor dem Prinzip «Nutzen» einzuräumen. Am stärksten kritisiert werden das Verkehrs- und das Energieprotokoll. Der VSE ist gegen eine Ratifizierung dieser Protokolle.

Nein zum Wellenberg

Am 22. September 2002 haben die Nidwaldner Stimmbürger die Konzession für einen Sondierstollen im Wellenberg mit 57,5% Nein-Stimmen abgelehnt (Stimmbeteiligung 71,3%). Als einzige Gemeinde hat die Standortgemeinde Wolfenschiessen das Gesuch deutlich angenommen (55,5% Ja-Stimmen). Als nächster Schritt in der Entsorgung der schwach- und mittelaktiven Abfälle müssen nun die gesetzlichen Grundlagen auf nationaler Stufe neu geregelt werden.

Schlussbericht über Subventionsprogramm Photovoltaik

Das Subventionsprogramm Photovoltaik wurde in den Jahren 1997 bis 2001 unter der Aufsicht des Bundesamtes für Energie (BFE) durchgeführt. Wie dem Schlussbericht zu entnehmen ist, standen Bundesbeiträgen von 13,2 Mio. Fr. totale Investitionen von 55,4 Mio. Fr. gegen-

über. Damit wurden 378 Photovoltaikanlagen mit 4413 kWp Gesamtleistung gebaut. Sie produzieren jährlich etwa 3660 MWh, was in der Summe dem Verbrauch von rund 1000 Haushaltungen (ohne Warmwasser) entspricht.

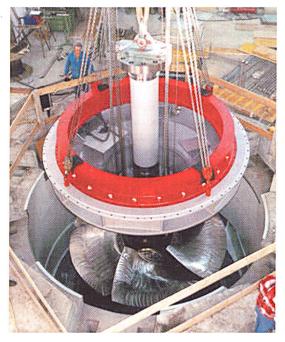
Änderung der Kernenergie-Haftpflichtverordnung

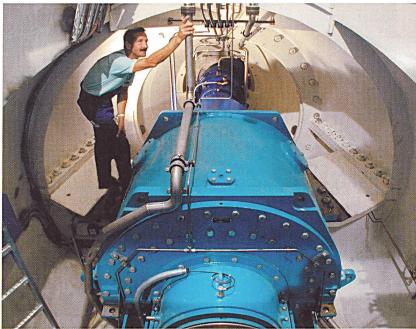
Der Bundesrat hat am 29. November 2002 eine Änderung der Kernenergie-Haftpflichtverordnung (KHV) beschlossen. Damit übernimmt der Bund neu die Deckung des Risikos für terroristische Gewaltakte zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Franken. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 haben die privaten Versicherer die Deckung dieses Risikos auf 500 Millionen Franken reduziert. Die Prämien des Bundes zulasten der Kernkraftwerkbetreiber wurden erhöht. Der bereits geäufnete Fonds des Bundes beträgt über 300 Mio. Fr.

Protokolle zur Alpenkonvention noch nicht ratifiziert (im Bild Stauseen im Grimselgebiet).



ENERGIEWIRTSCHAFT 2002





Der Gesamtenergieverbrauch hat infolge der warmen Witterung, einer abgekühlten Konjunktur und dem Rückgang in der Luftfahrt gegenüber dem Rekord im Vorjahr 2001 gemäss ersten Erhebungen abgenommen. Der Stromverbrauch der Schweiz erhöhte sich im Jahr 2002 nochmals leicht um 0,5% und erzielte damit wieder einen neuen Höchstwert. Auch die Stromproduktion konnte ausserordentliche Werte verbuchen. Ursachen waren hohe Niederschlagsmengen für die Wasserkraft und ein neuer Produktionsrekord bei den Kernkraftwerken. Für 2002 ergab sich ein Exportüberschuss von 4508 GWh.

Im Wasserkraftwerk Gösgen drehen sich vier neue Kaplanturbinen.

Wichtige Unterhaltsarbeiten: Inspektion des Turbinenlagers eines Wasserkraftwerks.

Gesamtenergiesituation

Die stagnierende Konjunktur hat sich im Verlaufe des Jahres 2002 weiter massiv abgekühlt. Zur deutlichen Schwäche der Weltwirtschaft kam der gestiegene Aussenwert des Schweizer Frankens hinzu. Die Energienachfrage in der Schweiz stand deshalb eher unter ungünstigen Vorzeichen. Die Chancen auf eine gesamtwirtschaftliche Trendwende im Jahre 2003 wären nur mit einem stabilisierten weltpolitischen Umfeld, tiefen Ölpreisen und günstigen Zinsen intakt.

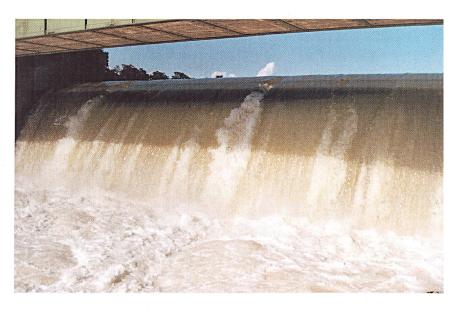
Stromerzeugung

Die Stromerzeugung unterbot 2002 mit 65 011 Gigawattstunden den bisherigen Höchstwert von 2002 (70 174 GWh). Eine neue Rekordmarke wurde bei den Kernkraftwerken gesetzt. Auch 2002 war ein gutes Jahr für Strom aus Wasserkraft. Die Produktion verringerte sich jedoch erheblich im Vergleich zum Rekordwert vom Vorjahr auf 36 513 Gigawattstunden (Vorjahr: 42 261 GWh). Die hohen Werte bei der Wasserkraftproduktion sind hauptsächlich auf das allgemein regenreiche Jahr zurückzuführen. Entsprechend war der Speicherinhalt der

Stauseen im Frühjahr überdurchschnittlich und am Jahresende mit 72% Füllungsgrad im oberen Bereich der Bandbreite.

Die fünf Schweizer Kernkraftwerke konnten auch im vergangenen Jahr wieder hervorragende Produktionszahlen vorweisen: Ihre Netto-

Ergiebige Niederschläge im Herbst (Augst BL).



ENERGIEWIRTSCHAFT 2002



Wieder Rekordproduktion der Schweizer Kernkraftwerke (KKW Beznau AG).



Castor-Transport mit Brennelementen aus der Wiederaufarbeitung.



Sicherer Betrieb seit über 30 Jahren: Inspektionsarbeiten am Reaktordruckbehälter.



In der Schweiz gibt es rund 1500 Solarstromanlagen im Netzverbund (Photovoltaikdach im Dock Midfield am Flughafen Zürich).

stromproduktion erreichte mit 25 692 Gigawattstunden einen neuen Höchstwert und überschritt die bisherige Rekordmenge von 25 300 GWh aus dem Vorjahr um rund 1,6%. Die hohen Produktionsergebnisse des gesamten Schweizer KKW-Parks in den letzten Jahren widerspiegeln den einwandfreien Zustand der Anlagen sowie die gute Betriebsführung. Gesamthaft erreichten die Schweizer Kernkraftwerke eine durchschnittliche Arbeitsausnutzung von 91,95%.

Die Erzeugung in thermischen und anderen Anlagen lag mit 2806 GWh leicht über dem Vorjahr.

Stromerzeugungspark

Die Kernenergie erzeugt rund 36% der schweizerischen Elektrizität, die Wasserkraft rund 60% (konventionell-thermische Anlagen 4%). Kernkraftwerke produzieren Tag und Nacht ununterbrochen Strom, unabhängig von natürlichen Wetterlaunen. Nur im Sommer, zu Zeiten tieferen Strombedarfs und erhöhter Wasserkraftproduktion, stehen die Werke für die Jahresrevision während rund eines Monats still. Verschiedene Renovationen sowie Umbauten bei einigen kleineren Wasserkraftanlagen führten zu einer etwas höheren Leistung im Bereich von insgesamt maximal 12 MW. Die installierte Gesamtleistung der Wasserkraftwerke in der Schweiz beträgt rund 13 300 MW. Die Grossanlage Bieudron-Dixence blieb auch 2002 nach einem Bruch in der Druckleitung ausser Betrieb. Das gesamte Speichervermögen der Stauanlagen beträgt seit 2000 rund 8710 GWh.

Das Kernkraftwerk Leibstadt schaffte mit dem Umbau der Hochdruckturbine während der Jahresrevision 2002 die Voraussetzung, die im Dezember 2001 freigegebene vierte Stufe der Leistungserhöhung auf 1168 MW umzusetzen. Die maximale Nettoleistung der inländischen fünf Kernkraftwerke beträgt zurzeit 3200 MW.

Stromverbrauch

Einflussfaktoren für den Stromverbrauch sind das reale Bruttoinlandprodukt (BIP), die Heizgradtage und die Entwicklung der Wohnbevölkerung. Diese Grössen entwickelten sich im Jahr 2002 wie folgt:

- BIP real (+0,1% gegenüber Vorjahr)
- Heizgradtage (-3,7%)
- Wohnbevölkerung (+0,8%)

Diese Faktoren bewirkten zusammen, dass der Endverbrauch im Berichtsjahr um 0,5% (Vorjahr +2,6%) auf 54 029 GWh zunahm und somit einen neuen Höchstwert erreichte (zum Vergleich: in Deutschland erreichte der Stromverbrauch im Jahr 2002 rund 582 000 GWh, +0,2%).

Strommarkt

Im Jahr der Abstimmung zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) haben viele Verteilunternehmen versucht, ihre strategische Position im Hinblick auf die erwartete Strommarktöffnung in der Schweiz mittels Bildung von Energiepools zu stärken. Der in den vergangenen vier Jahren registrierte Trend zu sinkenden Stromdurchschnittspreisen fand keine Fortsetzung. Der Durchschnittspreis im Haushalt stieg sogar leicht auf 17,3 Rp./kWh an, während Landwirtschaft mit 18,0 Rp./kWh und Gewerbe/ Dienstleistungen mit 20,0 Rp./kWh praktisch auf Vorjahresniveau verblieben. Die Stromversorger verzeichnen jedoch weiterhin gute Ergebnisse bedingt durch hohe Produktions- und steigende Handelsvolumen.

Politisch weht den Unternehmen hingegen ein rauherer Wind entgegen. Einige Rechtsformänderungen wurden trotz guten Vorlagen von den Stimmbürgern erbarmungslos zurückgewiesen. Angesichts vieler negativer Erfahrungen aus der Privatwirtschaft, unter anderem mit dem Enron-Konkurs als negativen Höhepunkt in der Elektrizitätsbranche, gilt die politische Priorität dem Bewahren der Versorgungssicherheit innerhalb der bekannten Strukturen. Nach der Ablehnung des EMG gilt die Aufmerksamkeit der Elektrizitätsbranche dem Entscheid im Rechtsfall Watt AG/Migros gegen EEF. Dieser könnte mittelfristig für die Schweiz ohne EMG wegweisend sein. Kurz vor der EMG-Abstimmung hat die Eidgenössische Rekurskommission für Wettbewerbsfragen den Entscheid der WEKO gestützt, was EEF veranlasst hat, den Fall weiter an das Bundesgericht zu ziehen.

Der Vorstand des VSE hat im Dezember 2002 beschlossen, die Arbeiten zur Vorbereitung der Marktöffnung zwar weiterzuführen, den politischen Prozess aber nicht in eigener Initiative zu forcieren. Von einer eigenen Branchenvereinbarung wird abgesehen.

Am 25. November 2002 fällte der EU-Energierat einen wegweisenden Entscheid. Bis zum 1. Juli 2007 müssen in der EU alle Märkte für Strom und Gas vollständig geöffnet werden. Bei den gewerblichen Kunden soll dies bereits 2004 der Fall sein. Dieser nicht unumstrittene Beschluss ist jedoch noch vom EU-Parlament gutzuheissen.

Im umliegenden Ausland ging die Marktöffnung mit unterschiedlicher Intensität weiter. Österreich versuchte sich in seinem ersten Jahr der vollständigen Öffnung mit seinem Regulator zu arrangieren und auch Liechtenstein gesellte sich zu den Strommarktnationen der EU. Italien und Frankreich verblieben beim von der EU-Richtlinie geforderten Minimalöffnungsgrad. In Deutschland hat sich die befürchtete steigende Tendenz der Strompreise bestätigt. Die durch die Liberalisierung realisierten Preissenkungen werden durch immer grössere Abgaben auf den Strom (Stromsteuern, Erneuerbare-Energien-Gesetz usw.) weitgehend kompensiert. Damit dürfte der Strompreis bald wieder auf demselben Niveau wie vor der Strommarktöffnung angelangen.

Grosshandel

Die Grosshandelspreise – gemessen am Swiss Electricity Price Index (SWEP) - schwankten 2002 bedeutend stärker als im Vorjahr. Allerdings erreichte der SWEP nicht mehr den Rekordwert von 328 Fr./MWh vom 19. Dezember 2001. Er bewegte sich zwischen einem Jahresminimum von 17,10 sFr./MWh am 31. Dezember 2002 (Vorjahresminimum 30,91 sFr./MWh) und einem Maximum von 162,73 sFr./MWh am 3. Juli 2002 (Vorjahresmaximum 328,02 sFr./MWh). Der Jahres-Durchschnittswert belief sich 2002 auf 59,18 sFr./MWh (Vorjahr 52,25 sFr./MWh). Richtiggehend explodiert ist der Umsatz an der deutschen Strombörse. An der EEX wurden am integrierten Spot- und Terminmarkt im Jahr 2002 insgesamt 149,84 Mrd. kWh umgesetzt, mehr als das Dreifache des Vorjahres.

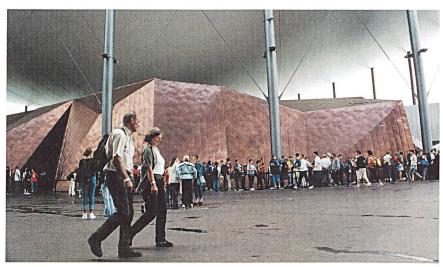
Zum negativen Höhepunkt des Jahres entwickelten sich weitere Aufdeckungen der skandalösen Machenschaften des weltweit tätigen amerikanischen Energiegrosshändlers Enron. Nachdem Enron Ende Dezember 2001 die Insolvenz angemeldet hatte, kamen im Lauf der Untersuchungen nicht nur ein Schuldenberg in dreistelliger Milliardenhöhe zum Vorschein, sondern es wurde auch der Verdacht der Strompreismanipulation in den USA geäussert.



Zuviel Wasser: Überschwemmung im Unterwerk Goldach SG Anfang September.



Neues Unterwerk in Würenlos AG.



Erfolgreicher Auftritt der Westschweizer EVU an der «Expo.02» im Pavillon «Magie de l'énergie».

VERBANDSTÄTIGKEIT/KOMMUNIKATION UND DIENSTLEISTUNGEN

Für den Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) stand im Jahr 2002 die Entwicklung der Elektrizitätsmärkte sowie die eidgenössische Volksabstimmung zum Elektrizitätsmarktgesetz vom 22. September im Vordergrund. Im energiepolitischen Bereich befasste sich der Branchenverband zudem mit zahlreichen Vernehmlassungen auf Gesetzesebene.

Grundpfeiler der Verbandstätigkeit sind die Förderung gemeinsamer Brancheninteressen, die Beratung der Mitglieder in allen technischen, wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Fragen sowie die externe und interne Kommunikation. Dazu gehören die Durchführung zahlreicher Tagungen, Seminare und Kurse sowie intensive Arbeit und Erfahrungsaustausch in zahlreichen Gremien, Kommissionen und Arbeitsgruppen im In- und Ausland. Wichtiges Anliegen sind die Dienstleistungen für die qualitative Aus- und Weiterbildung der gegen 20 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Branche.

Ziel ist es, die Kräfte der schweizerischen Elektrizitätsunternehmen zu bündeln und so der Branche wirtschaftlich wie auch politisch Gewicht und Einfluss zu geben. Mit der Erfüllung der Kernaufgaben in Politik, Kommunikation und bedarfsorientierten Dienstleistungen unterstützt der VSE seine Mitgliedunternehmen mit hohem Engagement.

Inseratsujet für das Schweizer «Stromportal» im Internet (strom.ch).



KOMMUNIKATION

Bereits im Mai lud der Verband zu «Kick-Off Meetings» ein, um die Mitgliedunternehmen über die bevorstehende Abstimmung zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) zu informieren. Reges Interesse und gute Diskussionen bereicherten die Anlässe von der Ostschweiz bis in die Romandie. Auch die beiden Kommunikationsforen im Januar und im August standen ganz im Zeichen der bevorstehenden Abstimmung. Das ausserordentlich gut besuchte und qualitativ hochstehende Symposium in den hervorragenden Räumen des Kultur- und Kongresszentrums Luzern trug ebenfalls wesentlich bei zur Orientierung und zum Meinungsaustausch im Zeichen des EMG. Trotz vielfacher Unterstützung und hohem Engagement der Organisationseinheit Kommunikation ist es dem Verband leider nicht gelungen, das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) zu einem positiven Abstimmungsresultat zu führen. Nicht nur das Nein zum EMG bereitete eine Enttäuschung. Auch die Tätigkeiten zur Unterstützung der Abstimmung in Nidwalden zum Sondierstollen waren nicht von Erfolg gekrönt. Eine gut besuchte Pressefahrt auf den Grimsel rundete die Medientätigkeiten ab.

Internet/Extranet

Der VSE hat mit seinem umfangreichen Internetaufritt eine Plattform für Energieinteressierte und zugleich auch für Mitgliedunter-



nehmen genutzt. Mit ihrem Passwort hatten sie Zugriff auf Argumentarien, «Fact-Sheets», Musterreferate, Foliensätze, Referentenpool, Veranstaltungshinweise usw.

Im öffentlichen Teil von www.strom.ch wurde das EMG mit Hilfe eines animierten Popups auf der Startseite als Wettbewerb mit den zehn wichtigsten Fragen und Antworten spielerisch erklärt. Rund 1045 Personen nahmen während eines Monats an diesem Wettbewerb teil. Der gut besuchte Internetteil (mittlere Anzahl Seitenimpressionen pro Tag rund 4000) mit seinen täglich aktualisierten News ist eine hervorragende Plattform für Bannerwerbung für die VSE-Mitgliedunternehmen.

Jugend und Schulen

Auf der Internetseite für die Schulen www. poweron.ch hat sich Einiges getan. Ein völlig neues Erscheinungsbild und Texte, die von Lehrkräften und Schülern verwendet werden können, sind jetzt in einer neuen Form so aufbereitet, dass es Freude macht, durch die Seiten zu surfen. In Gösgen begleiteten wir eine Lehrerveranstaltung zum Thema Marktöffnung und in Leibstadt fand eine Tagung für Haushaltlehrerinnen statt, die die Notwendigkeit der Kernenergieproduktion aufzeigte.

Interne Kommunikation

Das Kader befasste sich während zwei Tagen mit der Zukunft des Verbandes und den Zielsetzungen für das nächste Jahr. Aus diesem Workshop resultierte das Projekt «Mission», das unter anderem den Mitgliedunternehmen besser aufzeigen möchte, welches die Dienstleistungen ihres Verbandes sind. Ausserdem wurden Wege gesucht, wie der Verband schneller und direkter mit den Mitgliedern kommunizieren kann.

Bulletin

Auf rund 650 redaktionellen Seiten umfassten im Jahr 2002 die vom VSE betreuten monatlichen Ausgaben «Elektrizitätswirtschaft» gegen 100 Fachberichte, rund 1000 Kurzberichte und über 1000 Bilder. Schwerpunkte der führenden Branchenfachzeitschrift (Auflage Die Schweizer Elektrizitätswirtschaft auf dem Internet: aktuelle News. Dokumentationen und Informationen (Adresse:

http://www.strom.ch bzw. http://www.electricite.ch oder http://www.elettricita.ch).

PSEL-Homepage.

Neu für Schulen im Internet: www.poweron.ch

Alles zum Thema Strom im Internet

Die Website rund um das Thema

om für Lehrkräfte. Schüle und Interessierte

VERBANDSTÄTIGKEIT/KOMMUNIKATION UND DIENSTLEISTUNGEN



Broschüren zur EMG-Abstimmung.

rund 8000 Exemplare) bildeten die Themen «Marktöffnung», «EMG», «Wasserkraft», «Erneuerbare Energien» und «Energieforschung». Neben vielen aktuellen Meldungen wurden die «Schweizerische Elektrizitätsstatistik» und die «Schweizerische Gesamtenergiestatistik» veröffentlicht. Zum Kreis der rund 24 000 Leser des «Bulletins» zählen Führungskräfte und leitende Mitarbeiter der Elektrizitätswirtschaft, der Maschinenbau-, Elektro- und Elektronikindustrie, Behörden, Hochschulen, Energieberatungsfirmen und Medien.

Positionen der Branche in den VSE-Medienmitteilungen.

Zeitfragen/temps présent:

Medienmitteilung Communique de presse Comm

MARKETING ERNEUERBARE ENERGIEN UND EFFIZIENTE ENERGIE-ANWENDUNG

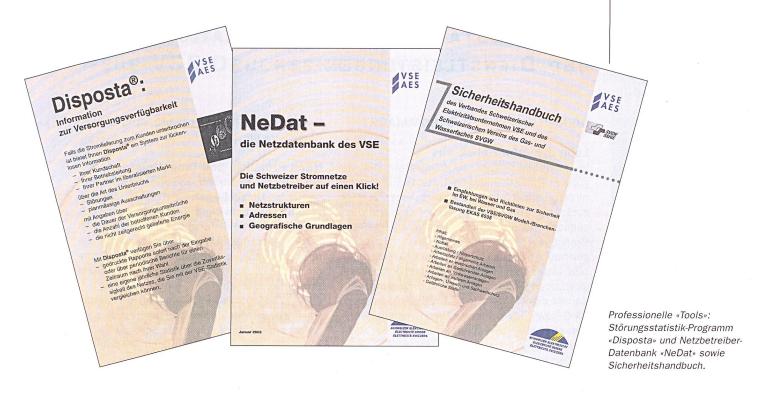
Wärmepumpen

Bei der Förderung von Wärmepumpen arbeitete der VSE wieder eng mit der Fördergemeinschaft Wärmepumpen Schweiz (FWS) zusammen, in der der VSE auch im Vorstand vertreten ist. Die Unterstützung des Wärmepumpen-Testzentrums in Winterthur-Töss, das während Jahren mit seinen Messungen einen wesentlichen Beitrag zur Qualitätssicherung im Bereich Wärmepumpen leistete, lief im Zuge der Neuorganisation dieser Prüfungen durch die FWS per Ende Jahr aus.

Elektrofahrzeuge

Im Bereich Elektrofahrzeuge unterstützte der VSE erneut den Verband «e'mobile», an dessen Aktivitäten auch das BFE einen massgeblichen Beitrag leistet. Die verschiedenen Informationstätigkeiten von «e'mobile» wurden fortgesetzt, insbesondere durch zahlreiche weitere Probefahrtenanlässe, Langzeiterprobungen, Ausstellungen und Informationsanlässe, darunter auch bei VSE-Mitgliedern. An der Generalversammlung des Verbandes konnte mit Referaten von auto-schweiz und des Gasverbandes sowie mit der Ausstellung von Elektro-, Gas-, Hybrid- und Sparfahrzeugen die neue, breitere Abstützung des Verbandes nachdrücklich dokumentiert werden.

Per Ende 2002 ist der VSE von der Leitung der Geschäftsführung von «e'mobile», die er seit der Gründung des Verbandes wahrgenommen



hatte, zurückgetreten. Er ist jedoch nach wie vor im Vorstand vertreten und unterstützt den Verband auch weiterhin mit einem finanziellen Beitrag. Parallel dazu traten auch die Electriciens Romands von der Führung des Sekretariats und des Infozentrums von «e'mobile» zurück.

Ökostrom

Im Bereich Ökostrom bildeten die Mitwirkung des VSE an der Photovoltaikstatistik, an der Nationalen Photovoltaiktagung im Mai in Lugano sowie an der Ökostromarena im Juli in Luzern wichtige Schwerpunkte. Im November führte der VSE ferner ein zweitägiges Intensivseminar zum Thema Marketing in Luzern

durch, dessen zweiter Tag ganz im Zeichen der Profilierung eines Unternehmens durch Ökostrom und Zertifikatehandel stand.

Marketing für VSE-Dienstleistungen

Mit Flyern und Ausstellungselementen unter Verwendung des neuen VSE CI/CD wurden wiederum an zahlreichen Anlässen die verschiedenen VSE-Angebote, Kurse und Produkte präsentiert und den Mitgliedunternehmen bekannt gemacht. Einen Schwerpunkt bei der Durchführung eigener Veranstaltungen bildeten die vier gemeinsam mit dem VSEK organisierten NIV-Kurse, die mit gegen 400 Teilnehmern auf überaus grosses Interesse stiessen.

Tätigkeitsbericht des Projektund Studienfonds der Elektrizitätswirtschaft (PSEL).

Informationszeitschrift «Input» zur EMG-Abstimmung.

Sonderdruck «Bund und Wirtschaft» zum EMG.

VSE-Ausgaben des Bulletin SEV/VSE: die monatliche Fachzeitschrift der Schweizer Elektrizitätswirtschaft.



VERBANDSTÄTIGKEIT / KOMMUNIKATION UND DIENSTLEISTUNGEN

DIENSTLEISTUNGEN/STROMMARKT

Lohn der Arbeit blieb aus

Einladung

Kommunikations-Forum

Freitag 18. Januar 2002

Forum St. Peter

Zürich

VSE

Im Abstimmungsjahr 2002 mussten die regulären Dienstleistungsaktivitäten für einmal hinter dem Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) zurückstehen. Mit grossem personellem und zeitlichem Aufwand wurden die Arbeiten im Branchenprojekt mit der optimistischen Be-

Branchen-know-how der Entwicklung im EU-Raum nachzuführen.

Neue Produkte und Dienstleistungen

Parallel zu den Strommarktdokumenten wurden auch Umsetzungstools für die Mitgliedunternehmen entwickelt. Zum einen wurde das bewährte Netzbewertungsprogramm NeVal den Forderungen der EMV angepasst, zum anderen für die aufwändige Bestimmung der komplexen Kostenwälzung mit NeCos ein neues

Für beide Tools ist im Moment keine Nachfrage vorhanden. Eine solche dürfte sich aber sofort einstellen, wenn in der Schweiz wieder über ein konkretes Marktmodell gesprochen

Nachdem der vierteilige Kurs Branchenkunde «Elektrizität» in der Deutschschweiz mit grossem Erfolg fortgesetzt werden konnte, wurde auch die Ausdehnung in die Westschweiz und ins Tessin in Angriff genommen. Bezüglich Aus- und Weiterbildung der Netzelektriker, Schulung der Instruktoren, Begleitung der Berufsprüfung von KKW-Anlagenoperateuren darf auch im abgelaufenen Jahr ein grosses Engagement des VSE vermerkt werden. In mehreren Ausbildungen wurden Kaderleute über das Thema «Arbeiten unter Spannung»

VSE

Kurzschluss-

Versuche



NEUE VSE-DRUCKSCHRIFTEN

Publikumsschriften

Zahlenspiegel 2003 VSE-Nr. 4.2, Faltblatt, d, f (ab 50 Ex. -.30*)

Strom 2003 – VSE-Nr. 4.27, Format A5/6, d, f, i (Fr. 3.90; für VSE-Mitglieder

Zahlen und Fakten Fr. 2.90; Mengenrabatt ab 100 St.)

ErlebnisStrom VSE-Nr. 4.6, Format A5/6, d (Fr. 3.50, für VSE-Mitglieder Fr. 2.50)

Zeitfragen VSE-Zeitung zu aktuellen Themen; d, f, i

Sicherheitsagenda VSE-Nr 5.13, d, f, i (inkl. Jahresplaner Fr. 12.90, für VSE-Mitglieder

Fr. 8.90; nur Jahresplaner Fr. 1.50/St.*)

CD-ROM

Folien zu «Strom 2003 – Zahlen und Fakten» auf einer CD im Format Power-Point, Fr. 70.– für VSE-Mitglieder (Fr. 100.– für Nicht-Mitglieder)

Illustrationen der Sicherheitsagenda auf einer CD im Format Power-Point, Fr. 385.– für VSE-Mitglieder (Fr. 725.– für Nicht-Mitglieder)

Sonderdrucke

Schweizerische Elektrizitätsstatistik 2002, Sonderdruck aus «Bulletin» SEV/VSE 2003, VSE-Nr. 3.22; d, f (Fr. 15.-*)

Photovoltaik-Statistik 2002, Sonderdruck aus «Bulletin» SEV/VSE 2003, VSE-Nr. 3.38; d Fr. 7.– für VSE-Mitglieder (Fr. 10.– für Nicht-Mitglieder)

Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2002, Sonderdruck aus «Bulletin» SEV/VSE 2003, VSE-Nr. 3.34; d, f (Fr. 15.-*)

Empfehlungen/Berichte

Statistik 2000 über die Verfügbarkeit der Elektrizitätsversorgung der Schweiz, VSE-Nr. 5.55d 2001-2, Fr. 75.– für VSE-Mitglieder (Fr. 120.– für Nicht-Mitglieder)

Sicherheitshandbuch des VSE und des SVGW, Fr. 98.– für VSE-Mitglieder (Fr. 196.– für Nicht-Mitglieder). VSE-Registriergebühr: Fr. 200.– bzw. Fr. 500.– für Nicht-Mitglieder (wird einmalig erhoben)

EKAS 6508 VSE-Modelllösung, Fr. 500.- für VSE-Mitglieder (Fr. 1000.- für Nicht-Mitglieder)

Programme

NeDat: VSE-Netzkarte auf CD «Stromnetzbetreiber der Schweiz», d, f, i, e (Fr. 950.– VSE-Mitglieder, Fr. 1900.– für Nichtmitglieder) – Mengenrabatt: 2–5 Stück Fr. 800.—/CD (Fr. 1600.–/CD), über 5 Stück Fr. 700.–/CD (Fr. 1400.–/CD).

Disposta®: Information zur Versorgungsverfügbarkeit, d, f (Erfassungs- und Auswertungsmodul zusammen Fr. 1400.– für VSE-Mitglieder (Fr. 2000.– Nicht-Mitglieder)

*Gleicher Preis für VSE-Mitglieder und Nichtmitglieder|Alle Preise verstehen sich exkl. MwSt. d = deutsch, f = français, i = italiano, e = english

Bestellschein:

VSE-Nr.	Anzahl	Titel	Preis
			(3)
	0		
			, ,

Absender:

Firma:	Name:	
Strasse:	PLZ/Ort:	*

Bestellung faxen an: 062 825 25 26 oder senden an: VSE, Postfach, 5001 Aarau















VERBANDSTÄTIGKEIT/VERANSTALTUNGEN, TAGUNGEN, KURSE

Die VSE-Geschäftsleitung an der Generalversammlung in Schwyz: Anton Bucher, Hansueli Bircher, Werner Graber, Nelly Lehmann und Jean-Paul Blanc (v.l.n.r.).



Interessierte Teilnehmer an der 112. Generalversammlung des VSE vom 6. September 2002 in Schwyz.



VSE-Vizepräsident Dr. Martin Pfisterer (Mitte) erhält ein Abschiedsgeschenk von Direktor Anton Bucher (links) und Präsident Dr. Rudolf Steiner (rechts).



VSE-Direktor Anton Bucher (oben rechts) gratulierte den vielen treuen Mitarbeitern an der Jubilarenfeier vom 27. April 2002 in Bern.



Generalversammlung 2002

In der Kantonshauptstadt Schwyz hielt am 6. September der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) seine Generalversammlung im Mythenforum ab. VSE-Präsident Dr. Rudolf Steiner stellte fest, dass ihm sein erstes Präsidialjahr eine aufwühlende, intensive, aber auch äusserst interessante Zeit beschert habe. Im Mittelpunkt des abgelaufenen Verbandsjahres stand die bevorstehende Volksabstimmung über die Strommarktöffnung in der Schweiz vom 22. September 2002. Steiner wies in seiner Ansprache noch einmal auf die Bedeutung einer geordneten schrittweisen klar strukturierten Marktöffnung mit dem EMG hin. Ein überzeugtes JA sei die richtige Antwort für eine richtige Stromversorgung in der Schweiz. Damit sei gewährleistet, dass die Stromversorgung in der Schweiz international nicht isoliert werde, von den Marktkräften profitieren könne und die bisherige gute und bewährte Versorgungssicherheit weiterhin aufrecht erhalten bleibe.

Der VSE werde seine Mitglieder bei den Umsetzungsarbeiten zum EMG tatkräftig unterstützen. In verschiedenen Arbeitsgruppen würden seit langem entsprechende Programme ausgearbeitet und Vorarbeiten geleistet. Ein Blick in die Zukunft zeige auch, dass die Branche im Jahr 2003 politisch noch einmal ins Rampenlicht trete, mit der Abstimmung zu den Atominitiativen.

Von der 112. VSE-Generalversammlung neu in den Vorstand gewählt wurden: Meinrad Ender, Claude Madörin, Robert Schnider und Hans E. Schweickardt. Sie ersetzen die zurücktretenden Vorstandsmitglieder Dr. Martin Pfisterer (Vizepräsident), René Bautz, Jean-Pierre Blondon und Erwin Gantenbein. Neue Vizepräsidenten sind Raphaël Morisod und Dr. Conrad Ammann.

Zwischen der Generalversammlung der Electrosuisse und der des VSE hielt Bundesrat Moritz Leuenberger das Gastreferat und plädierte vor der versammelten Strombranche noch einmal für die Unterstützung des EMG. Er betonte, dass Sachvorlagen wie das Elektrizitätsmarktgesetz als solche und nicht als Glaubensfrage behandelt werden. Dies sollte natürlich auch als Appell für die kommenden Kernenergieabstimmungen verstanden werden.

Der Vorstand des VSE hat beschlossen, künftig die Generalversammlung getrennt vom SEV durchzuführen. Die nächste Generalversammlung des VSE findet am 2. Oktober 2003, zusammen mit dem traditionellen Symposium

im Kultur- und Kongresszentrum Luzern (KKL) statt.

88. Jubilarenfeier der Schweizerischen Elektrizitätsunternehmen

An der Jubilarenfeier des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) am 27. April 2002 in Bern wurden 377 Mitarbeitende für insgesamt 10 520 Arbeitsjahre in der Elektrizitätswirtschaft geehrt. Sie alle haben während 25 oder gar 40 Jahren ihren Einsatz für eine sichere, unterbruchslose und günstige Stromversorgung in der Schweiz geleistet.

Direktor Anton Bucher dankte den Jubilierenden für ihren Einsatz und ihr Engagement. Er hielt fest, dass in einer technisch anspruchsvollen Branche, wie der Elektrizitätswirtschaft fundiertes Wissen und Können gepaart mit langjähriger Erfahrung unverzichtbare Qualitätsmerkmale seien. Er betonte, dass alle Mitarbeitenden der Elektrizitätsunternehmen im kommenden halben Jahr erneut gefordert werden als Meinungsbildner, Botschafter ihres Unternehmens und als Stimmbürger. Insbesondere betonte auch der Präsident des VSE, Nationalrat Dr. Rudolf Steiner, dass das Elektrizitätsmarktgesetz für die Branche von hoher Bedeutung sei. Das EMG biete die Leitplanken für eine geregelte Marktordnung, um auch in Zukunft in der Schweiz über eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung zu verfügen. Der VSE-Präsident zeigte sich überzeugt, dass nur mit dem EMG die Marktöffnung ein Gewinn für alle werde. Die Branche habe sich in den letzten Jahren für die Marktöffnung vorbereitet. Es gäbe allerdings noch viel zu tun. Die schweizerische Lösung für die Strommarktöffnung mit Mass sei darum das richtige Rezept.

Tagungen und Kurse

Das auch im Jahr 2002 umfangreiche Programm mit Tagungen und Kursen des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen ist in den Kommissionsberichten sowie in den Abschnitten «Kommunikation», «Marketing» und «Dienstleistungen» aufgeführt.



Jubilare und Veteranen auf der Terrasse des Kursaals in Bern.



Politiker-«Arena» beim VSE-Symposium 2002 vom 7./8. Februar in Luzern.



Politik am VSE-Symposium 2002.



Vertreter der Elektrizitätswirtschaft diskutieren Perspektiven des Strommarktes in der Schweiz (VSE-Symposium 2002).

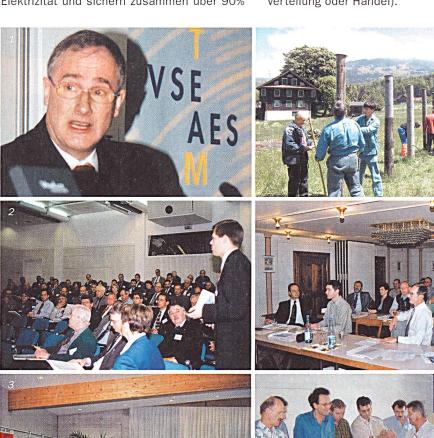
VERBANDSTÄTIGKEIT/VERANSTALTUNGEN, TAGUNGEN, KURSE

MITGLIEDER DES VSE

Der 1895 gegründete VSE zählt rund 430 Mitglieder, die sich aus privaten, gemischtwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Unternehmen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein zusammensetzen. Sie produzieren, übertragen, verteilen oder handeln mit Elektrizität und sichern zusammen über 90%

der schweizerischen Stromversorgung. Von all diesen Mitgliedunternehmungen mit gegen 20 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entfallen 25% auf reine Produktionswerke, rund 60% auf reine Verteilwerke und etwa 15% auf gemischte Werke (Produktion, Übertragung, Verteilung oder Handel).

- 1 VSE-Präsident Dr. Rudolf Steiner am Kommunikationsforum vom 18. Januar in Zürich.
- 2 Gegen 70 Teilnehmer am Kommunikationsforum vom 18. Januar in Zürich.
- 3 Kurs «Arbeiten unter Spannung» am 4. April in Weinfelden TG.
- 4 Hoher Besuch am 9. April beim VSE in Zürich: Conrad Ammann (EWZ), Martin Pfisterer (BKW), Rolf Bierhoff (Präsident Eurelectric) und Urs Näf (BFE).
- 5 Kurs für Leitungskontrolleure im April in Kerns OW.
- 6 «Kick-Off-Meeting» zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) am 2. Mai in Sargans SG.
- 7 NIV-Kurs in Regensdorf bei Zürich (23. Juni 2002).
- 8 Ursula Wüthrich (links) und Martina Huber von der VSE-Geschäftsstelle vergleichen Abstimmungsplakate zum EMG.



VORSTAND 2002

Präsident

Steiner Rudolf, Dr., 4654 Lostorf*

Vize-Präsidenten

Ammann Conrad, Dr., Elektrizitätswerk der Stadt Zürich, 8050 Zürich* (ab 6.9.2002) Morisod Raphaël, L'Energie de Sion-Région SA, 1951 Sion* (ab 6.9.2002) Pfisterer Martin, Dr., BKW FMB Energie AG, 3000 Bern* (bis 6.9.2002)

Mitglieder

Achermann Hans, Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg AG, 5080 Laufenburg Aguet Michel, Service de l'Electricité de la Ville de Lausanne, 1000 Lausanne 9 Bautz René, Société Electrique des Forces de l'Aubonne, 1170 Aubonne (bis 6. 9. 2002) Beeler Heinz, Centralschweizerische Kraftwerke, 6002 Luzern Blondon Jean-Pierre, Energie Ouest Suisse, 1001 Lausanne (bis 6.9.2002) Bolli Herbert, Städtische Werke Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfall, 8201 Schaffhausen Breu Stefan, Dr., Aare-Tessin AG für Elektrizität, 4600 Olten Bühlmann Bruno, EWS Energie AG, 5734 Reinach Büttiker Hans, Dr., Elektra Birseck, 4142 Münchenstein 2 Ender Meinrad, BKW FMB Energie AG, 3000 Bern (ab 6.9.2002) Frick Bruno, AG Elektrizitätswerk Bad Ragaz, 7310 Bad Ragaz* Gansner Walter, Dr., Elektrizitätswerk des Kantons Schaffhausen, 8201 Schaffhausen Gantenbein Erwin, Elektrizitätswerk Flims, 7017 Flims (bis 6.9.2002) Guillelmon Bernard, SBB, Geschäftsbereich Energie, 3052 Zollikofen Heiz Karl, Rätia Energie AG, 7742 Poschiavo Hofstetter Marold, Officine idroelettriche della Maggia SA, 6600 Locarno Jametti Nello, Aziende industriali di Lugano SA, 6901 Lugano Lachat Roland, Services industriels de la Ville de Delémont, 2800 Delémont Lautanio Gian Franco, Industrielle Betriebe Interlaken, 3800 Interlaken Leutenegger Hans-Jakob, Dr., Wasserwerke Zug AG, 6301 Zug Madörin Claude, Société Electrique du Châtelard, 1337 Vallorbe (ab 6.9.2002) Molinari Peter, Engadiner Kraftwerke AG, 7530 Zernez* Narbel Jean-Marc, Romande Energie, 1110 Morges* Rogenmoser Christian, Elektrizitätswerke des Kantons Zürich, 8022 Zürich* Rossi Paolo, Azienda Elettrica Ticinese, 6501 Bellinzona Schnider Robert, EW Embrach, 8424 Embrach (ab 6.9.2002) Schötzau Hans-Jörg, Prof. Dr., Axpo, 8036 Zürich Schumacher Eduard, Industrielle Werke Basel, 4008 Basel Schweickardt Hans E., EOS Holding, 1001 Lausanne (ab 6.9.2002) Virdis Philippe, Entreprises Electriques Fribourgeoises, 1700 Fribourg

* Mitglieder des Ausschusses - Membres du Comité restreint

Revisionsstelle

PricewaterhouseCoopers AG, Zürich

Die beiden Führungsgremien des VSE - der Vorstand mit dreissig und der Ausschuss mit sieben Mitgliedern – trafen sich zu je vier Sitzungen und zu einer Sondersitzung. Das Geschäftsjahr war geprägt durch die Vorbereitungen der Branche zur Marktöffnung sowie vor allem durch die Referendumsabstimmung zum EMG vom 22. September. Mit einem gewissermassen historischen Entscheid beschloss der Vorstand die Verlegung der Geschäftsstelle von Zürich nach Aarau. Das energiepolitische Jahr 2002 begann mit einer intensiven Auseinandersetzung um die Verordnung zum EMG. Am «runden Tisch» trat der VSE für die Interessen der Branche ein, so dass letztlich nicht nur der Verordnung sondern auch dem Gesetz mit einem einstimmigen Ergebnis des Vorstandes zugestimmt wurde. Als Folge beschloss der Vorstand auch, die Kampagne zur Abstimmung aktiv zu unterstützen.

Parallel zum Einsatz für das EMG wurde sehr intensiv in den einzelnen Teilprojekten von «Merkur-Access» gearbeitet. Die Grundsatzfragen der Kostenrechnung, Kostenwälzung sowie GridCode waren auch wichtige Themen von Ausschuss und Vorstand. Es galt insbesondere, die Dokumente mit EMG und EMV in Übereinstimmung zu bringen. Leider führte das grosse Engagement nicht zum Erfolg, denn am 22. September lehnte das Schweizervolk das EMG knapp ab. Nach Analyse der Lage beschloss der Vorstand, das Ziel der Marktöffnung in der Schweiz nicht aktiv - aber mitgestaltend weiterzuverfolgen. Er hielt es auch für richtig, die Branchendokumente mit einem angemessenen Aufwand abzuschliessen und das Know-how zu erhalten. Parallel zur Strommarktöffnung wurde das Kernenergiegesetz in den eidgenössischen Räten behandelt. Mit einem intensiven Engagement nahm die Branche Einfluss für eine offene, zukunftsgerichtete Rahmenordnung zur Nutzung der Kernenergie in der Schweiz. Die übrigen Vorstandsgeschäfte standen im Schatten der grossen energiepolitischen Themen. Ausser den Weichenstellungen zur Verlegung der Geschäftsstelle nach Aarau wurden die Beziehungen des VSE zum europäischen Verband Eurelectric im Zusammenhang mit deren Reorganisation intensiviert. Auch in der Schweiz bleibt die gute Zusammenarbeit mit den Organisationen der Wirtschaft und Energie ein wichtiges Anliegen. Innerhalb der eigenen Branche finden vielfältige gemeinsame Engagements mit den beiden Landesteilverbänden im Tessin und in der Westschweiz statt. Die Geschäftsstelle selbst startete mit dem Projekt «Mission 2003» einen Prozess zur Verbesserung der Dienstleistungen des VSE für seine Mitglieder.

VERBANDSTÄTIGKEIT/KOMMISSIONEN FACHAUSSCHÜSSE UND PROJEKTGRUPPEN

Geschäftsleitung/Sekretariat

Geschäftsleitung

Bucher Anton, lic. oec. HSG/MBA (Direktor)
Blanc Jean-Paul, dipl. Phys. ETH
Bircher Hansueli, lic. jur./LL.M.
Graber Werner, dipl. El.-Ing. HTL
Lehmann Nelly

Landesteilbüros

Romer Arturo, Prof. Dr. phil. (Direktor ESI) Roth Max-François, lic. rer. oec. (Direktor ER)

Geschäftsstelle/Büros

Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen Hintere Bahnhofstrasse 10, Postfach,

5001 Aarau

Tel. 062 825 25 25, Telefax 062 825 25 26,

E-Mail: vse@strom.ch

Verband

Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen Monbijoustrasse 16, Postfach 8620

3001 Bern

Tel. 031 388 21 22, Telefax 031 388 21 29

E-Mail: hansueli.bircher@strom.ch

1. Kommission Leitungen und Netzanlagen

Sekretariat: M. Levet, VSE

Im Kompetenzkreis dieser Kommission sind folgende Projektgruppen tätig:

1 a) Projektgruppe NS-Installationen

Vorsitz: R. Wolf, EKZ, Zürich. Sekretariat: M. Levet, VSE

Die Projektgruppe NS-Installationen organisierte vier Kurse über die am 1. Januar 2002 in Kraft getretene NIV. An den Kursen nahmen rund 400 Interessenten teil.

1b) Projektgruppe Netzdokumentation

Vorsitz: K. Scheiwiller, AEW, Aarau. Sekretariat: M. Levet, VSE

Die Projektgruppe Netzdokumentation begleitete das im Auftrag ausgearbeitete Datenmodell «Elektrizität», welches als Merkblatt der SIA-Norm 405 publiziert wird.

2. Kommission Versorgungsqualität

Vorsitz: R. Schreiber, EKZ, Zürich. Sekretariat: M. Levet, VSE

Die Kommission Versorgungsqualität beobachtete die Evolution der Spannungsqualität in den Netzen und sicherte die Koordination mit den Verbänden der Nachbarländer.

3. Kommission Versorgungsverfügbarkeit

Vorsitz: E. Mahler, AEW, Aarau. Sekretariat: M. Levet, VSE

Die Kommission für die Versorgungsverfügbarkeit besprach die Änderungen des Programms Disposta, welche den Komfort des Benutzers erhöhen soll. Sie betreute die Herausgabe der Statistik 2000.

4. Kommission für Messdatenbereitstellung, Messsysteme

Vorsitz: H. Moser, CKW, Luzern. Sekretariat: M. Levet, VSE

Die Kommission für Messdatenbereitstellung und Messsysteme begleitete die Arbeiten des Projekts Merkur Access bezüglich dem Metering Code.

5. Kommission EW-Telematik

Vorsitz: C. Rüede ETRANS AG, Laufenburg. Sekretariat: M. Levet, VSE

Die Kommission für Telematik wurde 2002 vom VSE-Vorstand aufgelöst.

6. Rechtskommission

Vorsitz: Dr. A. Rothenfluh, CKW, Luzern. Sekretariat: H. Bircher, VSE

Im Berichtsjahr 2002 hat die Rechtskommission folgende Vernehmlassungen des VSE ausgearbeitet bzw. wirkte daran mit:

- Konsultation zur Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von Erdgas
- Revision des Fernmeldegesetzes und der Verordnung
- Revision der Verordnung über die Bezeichnung der im Bereich des Umweltschutzes sowie des Natur- und Heimatschutzes beschwerdeberechtigten Organisationen; Aufnahme des Vereins Alpen-Initiative in die Liste der beschwerdeberechtigten Organisationen.

Ein Schwergewicht bildete die Erarbeitung von Vertragsmustern im Zusammenhang mit der Erstellung des GridCode CH. Daneben beschäftigte sich die Rechtskommission mit der Frage, welche rechtlichen Konsequenzen eine allfällige Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes haben würde und welche kurzfristigen Massnahmen zu treffen wären.

- Behandlung EW-spezifischer Rechtsfragen
- Ausarbeitung juristischer Stellungnahmen

7. Kommission für Fragen der Kostenrechnung

Vorsitz: F. Spaar, Elektra Birseck, Münchenstein. Sekretariat: P. Grass, VSE

Im Berichtsjahr befasste sich die Kommission, im Hinblick auf die erwartete Strommarktöffnung, intensiv mit den Fragen der technischen Nutzungsdauern, der Grundlage für die Bewertung der Anlagen, der Bestimmung des kalkulatorischen Fremd- und Eigenkapitalzinssatzes und der Kostenwälzung.

Nach eingehenden Gesprächen mit dem BFE, konnte bezüglich der Anlagenbewertung und der Nutzungsdauern ein Konsens gefunden werden. Nach der Ablehnung des EMG wurden keine weiteren Gespräche mehr geführt. Eine weitere Zusammenarbeit mit dem BFE wird jedoch von beiden Seiten begrüsst.

Das betriebliche Rechnungswesen wird auch in Zukunft einen hohen Stellenwert behalten. Alle Kommissionsmitglieder arbeiten an der Überarbeitung des Handbuches für das betriebliche Rechnungswesen. Die im Handbuch eingeführten Bestimmungen aus dem EMG (EMV) müssen herausgestrichen und die normalen betriebswirtschaftlichen Grundsätze angewandt werden.

8. Finanzkommission

Vorsitz: C. Sahli, BKW/FMB, Bern. Sekretariat: P. Grass, VSE

Im Berichtsjahr wurde die Finanzkommission neu konstituiert und traf sich im Dezember 2002 zu einer ersten Besprechung der anstehenden Aufgaben.

Die Finanzkommission behandelt Themen im Bereich Finanzen und Steuern, welche eine Abstimmung innerhalb der Branche erfordern. Sie erarbeitet Empfehlungen und Unterlagen und stellt ihr Know-how anderen Arbeitsgruppen in beratender Funktion zur Verfügung.

9. Projektgruppen Materialwirtschaft

Vorsitz: E. Fitze, EKZ, Zürich. Sekretariat: U. Lerchmüller, VSE

Für das Projekt MAWI-Extranet (Einkaufsempfehlungen im geschützten Internet) sind die Grundlagen für den Betrieb auf dem Netz erstellt worden. Die Kundenwerbung musste zugunsten anderer Projekte leider zurückgestellt werden. Ab März 2003 ist eine intensive Kundenwerbung geplant. Mit einer Arbeitsgruppe wurde auf Ende Januar 2003 eine erste Einkäufertagung im Sinne eines Forums für Materialwirtschaft in Bern organisiert.

 Beratung der Mitgliedunternehmen in Fragen der Beschaffung, Lagerbewirtschaftung und Logistik in ökonomischen, ökologischen und juristischen Belangen

VERBANDSTÄTIGKEIT/KOMMISSIONEN UND PROJEKTGRUPPEN

10. Kommission Sicherheit im Elektrizitätswerk (KOSI)

Vorsitz: F. Haerri, EBM, Münchenstein. Sekretariat: U. Lerchmüller, VSE

 Erstellen und Nachführen des Sicherheitshandbuches für Elektrizitätsunternehmen sowie der VSE-Modelllösung, gemäss der EKAS-Spezialrichtlinie Nr. 6508 Die Kommission nahm an mehreren Sitzungen an verschiedenen Produkten gestalterische wie inhaltliche Anpassungen vor. Die VSE-Modelllösung wurde in die französische Sprache übersetzt und steht interessierten Personen und Unternehmen zur Verfügung. Fach- und Informationstagungen für die Modelllösung werden für das Jahr 2003 geplant.

Das Sicherheitshandbuch hat durch die KOSI und neu auch durch die Mitarbeit des Schweizerischen Vereins des Gas- und Wasserfaches (SVGW), mit zwei zusätzlichen Bereichen Wasser und Gas, die letzten inhaltlichen Anpassungen erhalten. Die deutsche Fassung geht Anfang 2003 in Druck. Die Ausgabe in französischer und italienischer Sprache wird bis Jahresmitte folgen. Für alle Produkte im Bereich Sicherheit wurde eine Adressendatenbank erstellt, die für den Versand des Sicherheitshandbuches erstmals im Einsatz stehen wird.

Die Sicherheitsagenda wurde wiederum mit dem SVGW zusammen vertrieben. Als ergänzendes Produkt zur Sicherheitsagenda konnte auf Ende Jahr eine Bildergalerie als PowerPoint-Präsentation auf den Markt gebracht werden.

11. Medizinische Kommission

Vorsitz: A. Bürkler, Swisspower, Zürich. Sekretariat: N. Lehmann, VSE

- Untersuchung des Einflusses elektromagnetischer Felder auf die Umwelt und Gesundheit
- Arbeitsmedizin bei den Elektrizitätsunternehmen

Die Kommission wurde Anfang Berichtsjahr aufgelöst, kann jedoch bei Bedarf wieder in Funktion treten.

12. Kommission für Berufs- und Weiterbildung

Vorsitz: P. Casalini. Sekretariat: T. Biser, VSE

- Behandlung von Aus- und Weiterbildungsfragen
- Koordination der Arbeiten weiterer Gremien der Berufsbildung

Die wichtigsten Anliegen der Kommission zeigten sich in folgenden Arbeiten:

- Stellungnahme beim Bundesamt für Berufsbildung und Technologie zu den neuen Ausbildungsvorschriften für Kaufleute.
- Vorbereitung des Beschlusses betreffend Rücktritt des VSE aus der Trägerschaft der Elektro-Installationsberufe.
- Mithilfe bei der Regelung der Zuständigkeit für die Ausbildung der Verkaufsberufe im Elektrofach.

Weitere Aktivitäten des VSE im Bereich Berufsbildung:

- Ausarbeitung eines Konzepts zum Arbeiten unter Spannung im Bereich von Niederspannungsverteilnetzen und Durchführung von sechs Veranstaltungen in allen Landesteilen der Schweiz.
- Durchführung von vier praktischen Kursen für Leitungskontrolleure.
- Durchführung einer sprengtechnischen Ausbildungstagung für das Sicherungspersonal der Kernkraftwerke.

12 a) Prüfungskommission für die Berufsprüfung und die höhere Fachprüfung für Netzelektriker

Vorsitz: Ch. Gyger, CKW, Luzern. Sekretariat: T. Biser, VSE

- Organisation und Durchführung der Berufsprüfungen und der höheren Fachprüfungen
- Gewährleistung der Prüfungsvorbereitungen durch Bereitstellen der entsprechenden Lehrmittel und Organisation der Vorbereitungskurse

Mit den Berufsprüfungen (BP) in französischer sowie in deutscher Sprache erhöhte sich 2002 die Zahl der Netzelektriker mit eidgenössischem Fachausweis um 32 auf 548. Im Herbst startete ein Vorbereitungskurs auf die Berufsprüfung in deutscher sowie in französischer Sprache. Ausserdem begann der zweite Teil des Vorbereitungskurses auf die höhere Fachprüfung in deutscher Sprache. Im Rahmen des Projekts Weiterbildung Netzelektriker 2005 wurden Mitte 2002 59 Unternehmen und Einzelpersonen über die Netzelektrikerlehre sowie die Berufs- und höhere Fachprüfung befragt. Die Resultate wurden auf Internet veröffentlicht. Einige der Haupterkenntnisse sind: Der Netzelektriker ist in der Branche gefragt und der Beruf entspricht einem Bedürfnis. Das bestehende Konzept muss jedoch an das heutige Umfeld angepasst werden.

Das Vorgehen für Kontrollen bei öffentlichen Beleuchtungsanlagen wurde mit dem Eidgenössischen Starkstrominspektorat unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen und Erhaltung des bisherigen Sicherheitsstandards geregelt.

12 b) Aufsichtskommission für die Einführungskurse Netzelektriker

Vorsitz: P. Perusset, ENSA, Corcelles. Sekretariat: T. Biser, VSE

Die Aufsichtskommission wird paritätisch von der VFFK (Vereinigung von Firmen für Freileitungsund Kabelanlagen) und vom VSE getragen. Die Qualitätssicherung der Instruktionen war im
Berichtsjahr eines der Hauptanliegen. An allen sechs Kursorten verliefen die Einführungskurse 2001/2002 reibungslos. Im Kursjahr wurden rund 200 Netzelektriker ausgebildet. Mit
zehn französischsprachigen Instruktoren wurde ein zweitägiges Methodik-/Didaktikseminar
durchgeführt. Eine Sondersitzung behandelte die Handhabung der Mehrwertsteuer in Einführungskursen.

 Koordination und Betreuung der Einführungskurse

12 c) Berufs- und Meister-Prüfungskommission VSEI/VSE (BMPK)

Vorsitz: A. Holzer, EW Bern. Sekretariat: E. Schwaninger, VSEI

Die Berufs- und höheren Fachprüfungen wurden noch bis Ende 2002 paritätisch von den beiden Verbänden VSEI (Verband Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen) und VSE getragen. Auf diesen Zeitpunkt trat der VSE aus der Trägerschaft zurück, und danach blieb der VSEI alleiniger Träger.

 Organisation und Durchführung der Berufsprüfungen und höheren Fachprüfungen im Elektroinstallationsgewerbe

12 d) Aufsichtskommission für die Einführungskurse im Elektroinstallationsgewerbe (SAK)

Vorsitz: K. Ramseier, VSEI, Zürich. Sekretariat: J. Felix, VSEI, Zürich

Die Aufsichtskommission ist am 25. April 2002 von der Delegiertenversammlung des VSEI in die Berufsbildungskommission VSEI überführt worden.

- Ausbildung von Lehrlingen
- Organisation und Durchführung von Einführungskursen

12 e) Arbeitsgruppe Kaufmännische Berufe

Vorsitz: M. Pauli, BKW FMB Energie AG, Bern. Sekretariat: T. Biser, VSE

Für das Fach «Praktische Arbeiten/Kenntnisse aus Lehrbetrieb und Branche» der kaufmännischen Lehrlinge wurden die Prüfungsaufgaben der Branche «Elektrizität» zugestellt Dies erfolgte in Zusammenarbeit mit Delegierten des Verbandes Elektrogrosshandel Schweiz (VES) und des Verbandes Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen (VSEI). Jährlich werden rund 100 Lehrlinge aus der gesamten Elektrobranche geprüft. Die Ausbildungsveranstaltung in Branchenkunde in vier eintägigen Modulen zu den Themen Grundlagen, Produktion/Verteilung, Handel/Marktöffnung sowie Installation/Grosshandel fand wiederum guten Anklang. Sie wurde sowohl für Lehrlinge als auch für Neu- und Wiedereinsteiger durchgeführt. Für 2003 sollen diese Veranstaltungen ebenfalls in französischer und italienischer Sprache durchgeführt werden.

 Behandlung aller Problemstellungen bezüglich Ausbildung von kaufmännischen Angestellten innerhalb der Branche Elektrizität

13. Prüfungskommission für die Berufsprüfung für KKW-Anlagenoperateure

Vorsitz: N. Hugentobler, KKW Leibstadt. Sekretariat: T. Biser, VSE

Die 17. Berufsprüfung im November 2002 im KKW Beznau haben acht von insgesamt elf Kandidaten bestanden. Die intensive Vorbereitung in einem vierwöchigen Kurs erfolgte ebenfalls im KKB.

 Organisation und Durchführung von Berufsprüfungen

14. Kommission Kommunikation und Politik (CoPo)

Vorsitz: C. Ammann, EWZ, Zürich. Sekretariat: H. Bircher, VSE

Im Berichtsjahr 2002 hat die CoPo insbesondere Koordinationsfragen in der Abstimmungskampagne zum EMG bearbeitet. Im Weiteren wurden Kommunikationsmassnahmen zur Revision des Kernenergiegesetzes sowie zu den beiden Initiativen «Strom ohne Atom» und «Moratorium Plus» diskutiert. Eine weitere Tätigkeit bestand darin, an den Themen zur Durchführung von Kommunikationsforen mitzuwirken.

- Erarbeitung von Kommunikationskonzepten und Realisation von Massnahmen für die Kommunikation der Elektrizitätswirtschaft
- Koordination der Informationstätigkeit und der Politik des VSE und der Mitgliedunternehmen

VERBANDSTÄTIGKEIT/KOMMISSIONEN UND PROJEKTGRUPPEN

15. Kommission für den Projekt- und Studienfonds der Elektrizitätswirtschaft (PSEL)

Vorsitz: J.-L. Pfaeffli, EOS, Lausanne. Sekretariat: E. Fischer, Atel, Olten

- Auslauf der bisherigen PSEL-Finanzierung
- Neuorientierung und Neufinanzierung
- Information über Internet

Die Kommission behandelte im Jahr 2002 in reduziertem Umfang Forschungsgesuche, von denen sechs im Umfang von total rund 700 000 Franken aus den Restmitteln des PSEL bewilligt wurden. Nachdem die Finanzierung des PSEL per Ende 2001 eingestellt wurde, stand innerhalb der Kommissionsarbeit die Neuorientierung, Neuorganisation und Neufinanzierung des PSEL im Vordergrund.

Der VSE-Vorstand hat an seiner Sitzung vom 29. November 2001 das Konzept für die Neuorganisation des PSEL gutgeheissen. Nach juristischer Beratung entschied sich die Kommission PSEL im Laufe des Jahres für den Verein als Rechtsform der «Neuorganisation PSEL» (PSEL-N). Ende Oktober 2002 wurden sämtliche VSE-Mitgliedunternehmen durch ein Rundschreiben über die Struktur des PSEL-N orientiert, mit einer Empfehlung des VSE-Vorstandes an die Verbandsmitglieder, sich an der Neuorganisation und deren Finanzierung zu beteiligen. Dabei setzt sich die zukünftige Mitgliedschaft zusammen aus einer Grundmitgliedschaft im Umfang von 3000 Franken pro Jahr und aus unternehmensspezifischen Programm-Mitgliedschaften, die jedoch vorläufig nur als Absichtserklärungen vereinbart werden.

Nachdem bis Ende 2002 eine beträchtliche Zahl von definitiven Grundmitgliedschaften und einige Absichtserklärungen für Programm-Mitgliedschaften eingetroffen sind, wird Anfang 2003 in der Kommission über das Vorgehen betreffend zusätzlicher Mitgliederwerbung entschieden. Zusätzlich sollen Anfang 2003 die Statuten des Vereins PSEL-N definitiv verabschiedet werden.

16. Ostral – Organisation für die Stromversorgung in ausserordentlichen Lagen

Leiter: Herbert Niklaus, Atel, Olten. Geschäftsstelle: J.P. Blanc, VSE

Neben den im Frühjahr 2002 durchgeführten, erfolgreichen Ausbildungsanlässen für die sieben Ostral-Regionen fanden vier Arbeitssitzungen des Stabes sowie der Jahresrapport 2002 statt. Der Rapport war vor allem einer «Manöverkritik» der Ausbildungsanlässe gewidmet; das weitere Vorgehen auf dem Gebiet der Strombewirtschaftungsmassnahmen wurde zudem diskutiert und beschlossen. Daraus ergaben sich Ziele für das Jahr 2003, welche die konkrete Vorbereitung dieser Massnahmen in den einzelnen Regionen und Sektoren sowie die anschliessende Überprüfung der Massnahmen im Rahmen einer Übung in ausgewählten Regionen vorsehen. Der Stab wird sich zudem mit der Besetzung der neuen Funktion Kommunikation, der Revision der Ostral-Akten und der Erstellung einer Liste wichtiger Stromverbraucher befassen.



C (W/// ENERGIE UND DIENSTLEISTUNGEN

Natürlich Strom

Wir denken weiter.

www.ckw.ch

Centralschweizerische Kraftwerke, Hirschengraben 33, Postfach, 6002 Luzern Telefon 041 249 51 11, Telefax 041 249 52 22

Unternehmen der Axpo

NATIONALE ORGANISATIONEN

Les Electriciens Romands (ER)

Ch. de Mornex 6, case postale 534, 1001 Lausanne/www.electricite.ch

ER bietet seinen Mitgliedern eine breite Palette Dienstleistungen an. Im Bereich Verlag, realisiert sie regelmässig erscheinende Objekte wie die Zeitschrift Les Cahiers de l'Electricité und Energie Panorama sowie zahlreiche andere Informationsmittel. Sie pflegt eine umfassende Betreuung der Schulen auf jeder Stufe und betreibt die Mediathek Energie Schweiz. ER setzt sich in ihrer Funktion als VSE in der französischsprachigen Schweiz für eine Förderung der Informationsarbeit der Branche ein. Ihre Kommunikationsabteilung ist in der Lage, massgeschneiderte Kommunikationskonzepte für die Mitglieder auszuarbeiten.



Elettricità Svizzera Italiane (ESI)

Vicolo Muggiasca 1a, 6501 Bellinzona/www.elettricita.ch

Als VSE der italienischsprachigen Schweiz leitet die ESI eine breitgefächerte Tätigkeit für die Weiterbildung und das Image der Branche, namentlich durch die Zeitschrift Elettricità, Schulungsarbeit, Tagungen und technischen Erfahrungsaustausch.



Infel AG

Militärstrasse 36, Postfach 3080, 8021 Zürich/www.infel.ch

Die Infel fördert die Marktstellung des Energieträgers Strom. Im Zentrum steht die Kundenzeitschrift «Strom» in ihren Sprach- und Regionalversionen (www.strom-kundenzeitschrift.ch). Sie unterstützt Unternehmen und Organisationen bei der Entwicklung und Umsetzung einer massgeschneiderten Öffentlichkeitsarbeit. Als Kommunikationsagentur bietet Infel umfangreiche PRund Kommunikationsdienstleistungen an. Im Infel-Team arbeiten 21 Redaktoren und Journalisten, Graphikdesigner und Ingenieure unter einem Dach.



SEV Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik Electrosuisse

Luppmenstrasse 1, 8320 Fehraltorf/www.electrosuisse.ch

Electrosuisse fördert die Informations-, Energie- und Elektrotechnik sowie die damit verbundenen System- und Umweltaspekte, auch unter Berücksichtigung anderer Träger von Energie und Information. Sie bietet ein umfassendes, marktorientiertes Leistungspaket zur Förderung eines weltweiten und raschen Marktzutritts an. Diese Tätigkeit bedingt intensive Kontakte mit den Elektrizitätswerken und dem VSE. Zahlreiche Vertreter von VSE-Mitgliedunternehmen und Mitarbeiter des VSE-Sekretariats wirken in technischen Kommissionen und Arbeitgruppen von Electrosuisse aktiv mit.



Eidgenössisches Starkstrominspektorat (ESTI)

Luppmenstrasse 1, 8320 Fehraltorf/www.esti.ch

Das Eidgenössische Starkstrominspektorat (ESTI) unterstützt die Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften zu Gunsten einer sicheren Anwendung der Elektrizität, insbesondere die des Elektrizitätsgesetzes und dessen Verordnungen. Das ESTI wird im Auftrag des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) personell und administrativ durch Electrosuisse geführt. Besondere Kontakte mit den Vertretern des VSE bestehen bei der Beurteilung von Planvorlagen über Hochspannungsanlagen und bei den Netzbetreibern bei der Anwendung/Umsetzung der Niederspannungsverordnung (NIV).



NATIONALE ORGANISATIONEN

Schweizerische Vereinigung für Atomenergie (SVA)

Belpstrasse 23, Postfach 5032, 3001 Bern/www.atomenergie.ch



Von der SVA werden Informationen und Daten über die Kernenergie gesammelt und aufgearbeitet. Mit der Organisation von Seminaren und Informationsveranstaltungen sowie der Herausgabe von Informationsmitteln wie des «SVA-Bulletins» und der «Kernpunkte» sowie von Pressemitteilungen erfolgt die Information und Dokumentation der Öffentlichkeit über alle Belange der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Zudem wird auch der Erfahrungsaustausch unter den Kernfachleuten gefördert.

Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband (SWV)

Rütistrasse 3A, 5401 Baden/www.swv.ch



Der SWV fördert die Wasserkraftnutzung im Rahmen der gesamtschweizerischen Wasserwirtschaft. Neben der Herausgabe der Zeitschrift «wasser, energie, luft – eau, énergie, air», Monographien und anderen Schriften, veranstaltet der SWV periodisch Fachtagungen. Der Verband erarbeitet Studien zu wichtigen Fragen der Wasser- und Energiewirtschaft und bezieht Stellung zu Fragen der Wasserwirtschaft.

Verband Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen (VSEI)

Limmatstrasse 63, Postfach 2328, 8031 Zürich/www.vsei.ch



Der VSEI bezweckt die Wahrung und Förderung der politischen, wirtschaftlichen und beruflichen Interessen des Elektro- und Telekommunikations-Installationsgewerbes. In seinen Aufgabenkreis fallen insbesondere die Erhaltung und Förderung eines freien und selbständigen Elektro- und Telekommunikations-Installationsgewerbes. Die aktive Gestaltung und Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, die Regelung der Arbeits- und Sozialverhältnisse sowie Informations- und Beratungstätigkeiten sind weitere Hauptanliegen des Verbandes. Enger Kontakt besteht zwischen dem VSEI und dem VSE im Bereich der politischen Arbeit für eine gesicherte Energieversorgung und realistische Energiepolitik.

Verband Schweizerischer Elektrokontrolleure (VSEK)

Postfach 151, 4107 Ettingen/www.vsek.ch



Der VSEK besteht seit über 40 Jahren und umfasst als Berufsverband über 1400 Mitglieder in acht Sektionen. Er bezweckt vor allem die landesweit gleiche Auslegung und Anwendung der schweizerischen und europäischen Normen und Regeln für die Kontrolle von elektrischen Anlagen und Installationen. Aus diesem Grund sorgt er auch für eine entsprechende Information, Aus- und Weiterbildung seiner Mitglieder.

Fachverband Elektroapparate für Haushalt und Gewerbe Schweiz (FEA)

Obstgartenstrasse 28, Postfach 154, 8035 Zürich/www.fea.ch



Dem FEA sind alle namhaften schweizerischen Hersteller und Importeure von Haushaltgeräten angeschlossen. Neben der Interessenvertretung seiner Mitgliedsunternehmen gegenüber den Behörden – vor allem auf Bundesebene –, Konsumentenorganisationen, Medien und an Messen erstellt der FEA periodisch gesamtschweizerische Marktstatistiken über den Verkauf von Haushaltelektrogeräten.

Energieforum Schweiz

Monbijoustrasse 16, Postfach 6021, 3001 Bern/www.energie-energy.ch

Das Energieforum Schweiz ist eine Organisation mit politisch interessierten Mitgliedern aus allen Bereichen der Energiewirtschaft und Energiepolitik. Es beobachtet und kommentiert die Entwicklung der Schweizer Energiepolitik und fördert den Dialog zwischen Politik und Energiewirtschaft. VSE und Energieforum arbeiten eng zusammen und bilden in Bern eine Bürogemeinschaft.



Schweizerischer Energierat (Schweizer Mitglied des Weltenergierates)

Monbijoustrasse 16, Postfach 6021, 3001 Bern/www.worldenergy.ch

Der Schweizerische Energierat vertritt die Schweiz im Weltenergierat, der rund 100 Länder umfasst. Er hat – wie der Weltenergierat – den Status einer nichtgouvernementalen Organisation. Das Ziel des Weltenergierates liegt in der Förderung einer dauerhaften Energieversorgung und -nutzung zum Wohle aller Menschen. Mitglieder des Schweizerischen Energierates sind die Energieverbände sowie Unternehmen der schweizerischen Energiewirtschaft, Fach- und Interessenverbände, Hochschulen und Behörden.



Schweizerischer Verband für elektrische und effiziente Strassenfahrzeuge («e'mobile»)

Archivstrasse 1, 3005 Bern/www.e-mobile.ch

Getreu seiner neuen Namensgebung und Zielsetzung setzt sich der Verband e'mobile für elektrische und andere effiziente, das heisst besonders sparsame und umweltschonende Fahrzeuge ein. Dazu zählen neben Elektrofahrzeugen unter anderem Hybrid- und Gasfahrzeuge sowie besonders effiziente konventionell angetriebene Fahrzeuge gemäss Kategorie A der neuen Fahrzeugetikette des BFE. Mit massgeblicher Unterstützung durch das BFE arbeitet der Verband dabei unter dem Projektnamen EcoCar eng mit nahestehenden Organisationen wie dem Gasverband und Auto Schweiz zusammen. Die wichtigsten Aktivitäten sind Probefahrten, Langzeiterprobung, Ausstellungen, Informationsveranstaltungen sowie die Medienarbeit und der viel beachtete Internetauftritt.



Datenerfassung und Kommunikation zwischen Systemen!

nen und Sys betrieblichen voll. Komserv

Kommunikationslösungen zwischen Maschinen und Systemen auf unterschiedlichen betrieblichen Ebenen sind sehr anspruchsvoll. Komserv ist der Partner für Lösungen, welche exakt auf Ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind – von der Anbindung der Maschinen und Sensoren bis zum Datenaustausch mit übergeordneten Systemen.



Automation Competence Center

Unsere Erfahrung - Ihr Vorteil.

Komserv AG | Industriestrasse 13 | CH-6010 Kriens | Phone +41 (0)41 349 61 61 | Fax +41 (0)41 349 61 60 | info@komserv.ch | www.komserv.ch

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

Union of the Electricity Industry - Eurelectric

66, Boulevard de l'Impératrice, B-1000 Bruxelles/www.eurelectric.org



Die Union der Elektrizitätswirtschaft – Eurelectric entstand im Dezember 1999 aus der Fusion der beiden Verbände Unipede (internationaler Verband der Stromerzeuger und -vertreiber) und Eurelectric (Gruppierung der europäischen Stromversorgungsunternehmen). Die Schweiz ist darin durch den Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen vertreten. Die Mission des Dachverbandes ist, zur Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Branche beizutragen und die Rolle der Elektrizität zum Nutzen der Gesellschaft zu fördern.

Die Union der Elektrizitätswirtschaft – Eurelectric soll innerhalb der strategischen Zusammenarbeit Kontinuität sicherstellen und die gemeinsamen Interessen der europäischen Elektrizitätsindustrie und ihrer weltweiten Partner wahren. Sie bietet Mithilfe zu einer gemeinsamen Konsultation und Entscheidungsfindung. Damit bekommt die Elektrizitätswirtschaft die Möglichkeit, bei politischen und strategischen Themen gegenüber der Europäischen Union und anderen internationalen Organisationen mit einer einzigen Stimme zu sprechen. Dies unabhängig davon, ob sie in der Erzeugung tätig sind oder im Bereich Netz oder im Vertrieb.

Union der Elektrizitätswirtschaft – Eurelectric organisiert jährlich zahlreiche internationale Konferenzen und Fachtagungen über verschiedene spezielle Themen der Branche. Die Jahreskonferenz 2003 unter dem Thema «The Big Bang? – Energy and EU Enlargement» findet am 23. und 24. Juni 2003 in Prag statt.

Union for the Coordination of Transmission of Electricity (UCTE)

15, Boulevard Saint-Michel, B-1040 Bruxelles/www.ucte.org



Die Union für die Koordinierung des Transportes elektrischer Energie (UCTE) koordiniert die Interessen der Übertragungsnetzbetreiber in 20 europäischen Ländern. Das gemeinsame Ziel ist eine zuverlässige Marktbasis für einen effizienten und sicheren Betrieb des Verbundnetzes. In über 50 Jahren gemeinsamer Arbeit sind die Grundlagen dafür gelegt worden, weltweit einen Spitzenplatz in bezug auf die Qualität des elektrischen synchronen Verbundbetriebs einzunehmen. Über die Netze der UCTE werden 400 Millionen Menschen mit Strom versorgt, der jährliche Stromverbrauch beträgt rund 2100 TWh.

European Transmission System Operators (ETSO)

15, Boulevard Saint-Michel, B-1040 Bruxelles/www.etso-net.org



Um Handelsschranken beim internationalen Stromaustausch weiter abzubauen und eine gemeinsame Basis für den Strombinnenmarkt in ganz Europa zu schaffen, ist 1999 der Dachverband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber ETSO gegründet worden. In dieser Association of European Transmission System Operators haben sich die Verbände der Übertragungsnetzbetreiber der Europäischen Union, Norwegens, Sloweniens und der Schweiz zusammengeschlossen, sowie die Centrel-Länder als assoziierte Mitglieder.

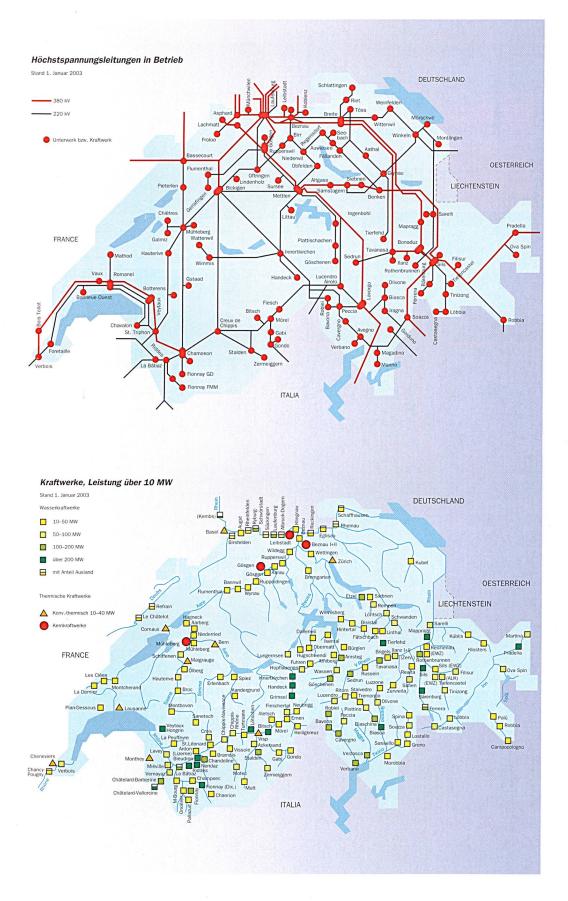
European Nuclear Society (ENS)

Belpstrasse 23, Postfach 5032, CH-3001 Bern/www.euronuclear.org



Zielsetzung des Dachverbands der Kernenergieorganisationen Europas ENS ist die Förderung der Wissenschaft und Technik im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. ENS führt jährlich mehrere technische Veranstaltungen sowie alle vier Jahre den weltweiten Kernenergiekongress (European Nuclear Congress) durch. Sämtliche kernenergienutzenden Nationen sind dem von der ENS geschaffenen Informationssystem «NucNet» angeschlossen. NucNet dient der raschen und direkten Information über Fakten und Entwicklungen in der Kernenergie. ENS ist auch Herausgeber der weltgrössten Nuklearfachzeitschrift «Nuclear Europe Worldscan».

ZAHLEN UND FAKTEN



STROMPRODUKTION ZAHLEN UND FAKTEN

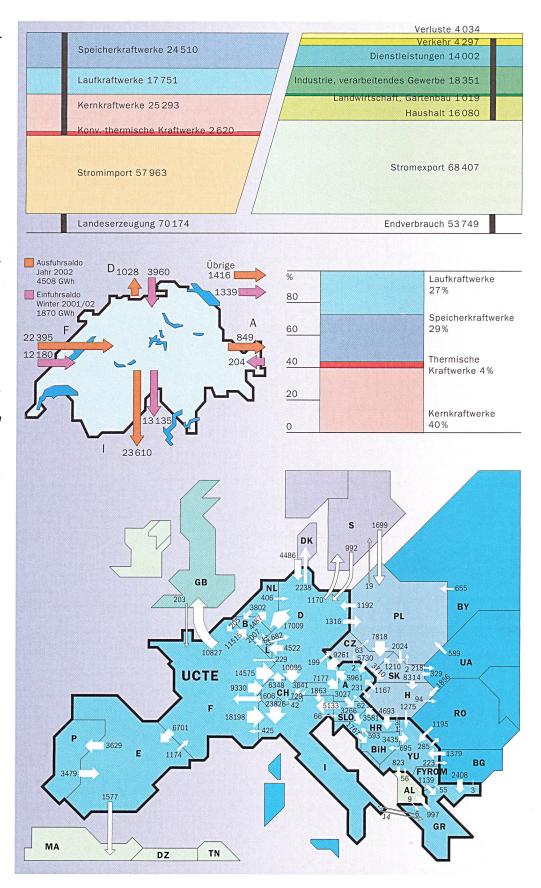
Stromflussdiagramm 2001: Energiestufen «Produktion» und «Endverbrauch nach Wirtschaftssektoren»

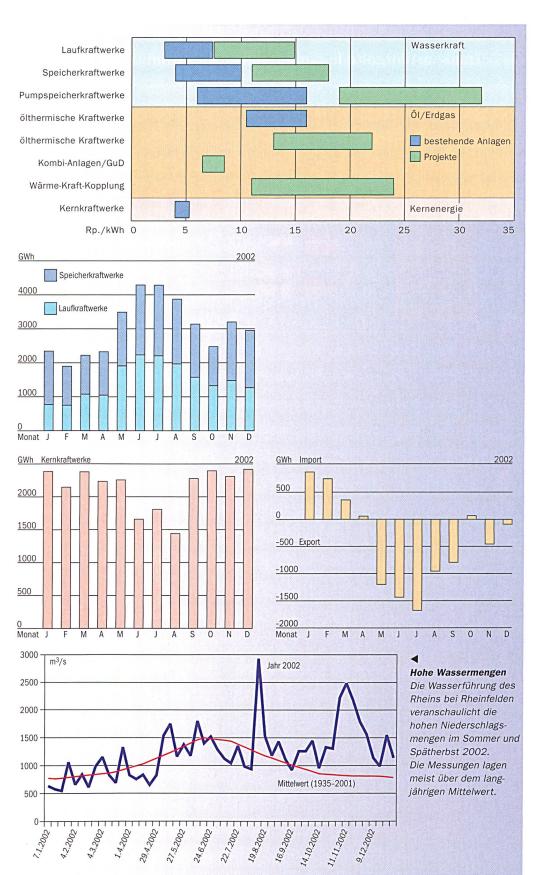
(Jahreswerte in GWh)

Stromaustausch mit dem Ausland (vertragliche Werte in GWh/per Saldo)

Anteil der Kraftwerktypen an der Schweizer Stromproduktion 2002

Stromaustausch im europäischen Verbundsystem (physikalische Energieflüsse in GWh; Quelle UCTE)





Mittlere Stromgestehungskosten aus schweizerischen Kraftwerken (schematisch)

Die Produktionskosten schwanken beträchtlich je nach Typ, Bauperiode oder Abschreibungspraxis.

44

Produktion der Schweizer Wasserkraftwerke 2002

Ergiebige Niederschläge ergaben eine hohe Wasserkraftproduktion.

4

Stromexport und -import 2002 (Saldo)

Durch eine hohe Poduktion an Kernenergie und Wasserkraft resultierte ein Ausfuhrüberschuss von insgesamt 4508 GWh.

44

Rekordproduktion der Schweizer Kernkraftwerke 2002

Die Produktion der Kernkraftwerke erreichte mit 25 700 GWh erneut eine neue Rekordmarke. Der Produktionsrückgang im Sommer war durch die üblichen Revisions- und Renovationsarbeiten bedingt.

STROMVERBRAUCH ZAHLEN UND FAKTEN

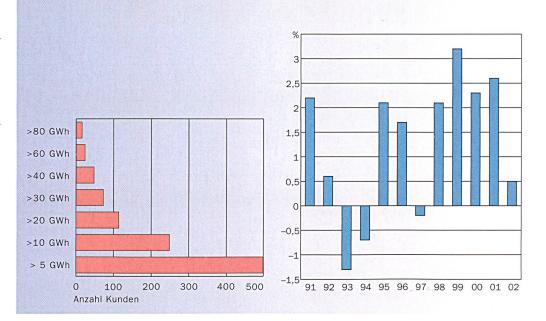


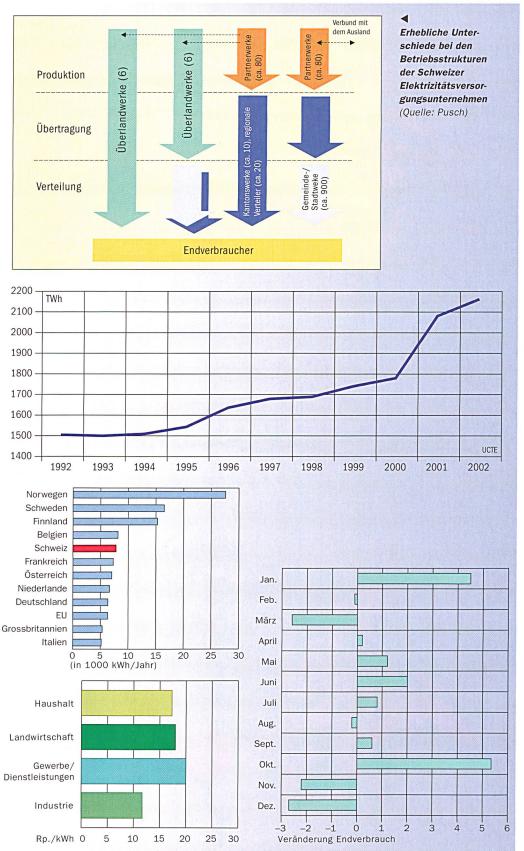
Grosse Spanne bei Transportentgelten

Die Spanne der Netznutzungsentgelte variiert in Europa beträchtlich, auch innerhalb der einzelnen Länder. Zum Teil sind regionale, strukturelle oder topographische Elemente die Ursache. Im grenzüberschreitenden Stromhandel ist zudem die Vergütung der Übertragungsnetzbetreiber eine der ungelösten Schlüsselfragen bei der anstehenden Verwirklichung eines echten und transparenten europaweiten Strommarkts (Grafik schematisch; Quelle: Benchmarkstudie DG TREN/EU).

Jährliche Veränderung des Strom-Endverbrauchs in der Schweiz

Schätzung des mittleren Jahresstromverbrauchs der grössten schweizerischen Industrie- und Dienstleistungsbetriebe (Anzahl Kunden)





◀ Steigender Stromverbrauch in Europa

Der Stromverbrauch in Europa (UCTE) steigt seit 1994 kontinuierlich an. Die Grafik zeigt den Stromverbrauch im Kalenderjahr. Die Zunahme im Jahr 1995 resultierte aus der Zuschaltung Ostdeutschlands. Ab 2000 wurde auch das osteuropäische System Centrel dazugezählt.

l**∢** ro-Konf-Str

Pro-Kopf-Stromverbrauch einiger Länder Europas

∢ Vorä

Veränderung des Stromverbrauchs (Endverbrauch) 2002

44

Mittlere Strompreise nach Anwendungsbereichen

Bei Niederspannungskunden wie Haushalte sind die Kosten höher, weil weitere Aufwendungen für Spannungstransformation, Verteilung und Verrechnung dazukommen (Werte ohne Mehrwertsteuer). Bei den Industriestrompreisen wurde die Kundenkategorie 10–20 GWh/Jahr als Referenzwert angenommen.

STROMMARKT ZAHLEN UND FAKTEN

Elektrizitätsmarktgesetz knapp abgelehnt

Das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) wurde an der eidgenössischen Volksabstimmung vom 22. September mit 52,6% der abgegebenen Stimmen (971 775 Ja- zu 1 078 112 Nein-Stimmen) abgelehnt. 14 Kantone verwarfen die Vorlage. Die Grafik veranschaulicht die Ja-Anteile in den verschiedenen Kantonen.

SWEP

Seit 1998 gibt es in Kontinentaleuropa einen Spotmarkt-Preisindex für Strom. Er erscheint werktäglich unter dem Namen Swiss Electricity Price Index (SWEP). Das Jahr 2002 war gekennzeichnet durch kontinuierlich steigende Preise mit heftigen Ausschlägen nach oben im Sommer und Herbst. Der SWEP zeigt die Preise im kurzfristigen schweizerischeuropäischen Strom-Spothandel. Die Preise gelten für die Handelsware Strom ohne Transport-, Transformations- oder andere Systemdienstleistungen.

Netzkarte der Stromnetzbetreiber in der Schweiz

Die Netzkarte des VSE bietet auf einer CD umfassende Informationen über Netze in verschiedenen Spannungsebenen und ihre Betreiber (im Bild Mittelspannungsebene).

